

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1931

131 (10.6.1931)

eine Verbesserung ihrer Lage bringen kann, würden zunächst eine schwere Enttäuschung erleben.

Geht die Entwicklung den schärfsten Weg, versucht man Brutalitäten gegen die Arbeiterbewegung, so müssen diese Folgen noch härter werden. Wer den Bürgerkrieg riskiert, wird erst recht nicht die zwei Milliarden Kredite bekommen, die Genosse Ströbel zur Aufbahrung der deutschen Wirtschaft für nötig hielt.

So zeigt der Parteitag einen Kampf zwischen den Besten, die die eigene Partei nicht länger belasten wollen, die für ihren Bestand fürchten, die dem Funktionär in der Fabrik seine Stellung gegenüber den Gegnern erleichtern wollen und den anderen, vielleicht Bedenklichen, die die Arbeiterklasse im ganzen vor Gefahren warnen wollen, deren Ausmaß sie heute noch nicht ermessen können.

Aber auch jene unter uns, denen dieser Sapperhalt klar vor Augen liegt, muß die Frage aufsteigen: Ist die Wendung zu verhindern? Zeigen die Wahlergebnisse nicht, daß das Bürgertum zertrümmert wird, daß die Waagschale bei ihnen sich zur Rechten neigt, künftigen die Reden Dingelders, die Forderungen des Landbundes nicht zumutungen an, die fast wie eine Lösung des bisherigen Verhältnisses von rechts her erscheinen? Wer bereit ist, daraus die Konsequenzen zu ziehen, muß der Arbeiterschaft die Wahrheit sagen. Wie in Rußland die Hemmung der Wirtschaft, die viel mehr Staatskapitalismus als Kommunismus ist, die Lage der Arbeiterschaft zunächst nicht verbessert, sondern verschlechtert hat, wie das russische Proletariat vielleicht um eines höheren Zieles willen durch größeres Elend geht, so ist auch bei uns die Schwankung zur Opposition mit neuen Opfern, mit weiterer Verschlechterung verbunden. Sie führt zunächst nicht aufwärts, sondern zu neuen Kämpfen auf schwererem Boden und wird ein Prüfstein sein für die Treue aller, die sich heute die Wendung zu leicht vorstellen.

Am Tage, an dem das Kabinett Brünning abgeschüttelt ist, wird die Partei vielleicht eine schwere Belastung los, aber der deutschen Arbeiterschaft müssen wir heute schon sagen: die Last der sozialen Notlage ist dadurch nicht von euch genommen, im Gegenteil, der neue Machthaber wird sie zu verschlechtern suchen. Nur wer bereit ist, diese Last auf sich zu nehmen, trotzdem zu kämpfen, kann diesen Weg in innerer Zuversicht beschreiten.

Aus diesen Gründen wäre eine klarere Abstimmungsform über die Einzelresolutionen, eine zahlenmäßig genauere Feststellung jener, die den neuen Weg beschreiten wollen, wünschenswert gewesen.

Gewiß steht es fest, die Sozialdemokratie, diese Millionenpartei, wird unter anderer Regierung und Staatsform nicht enturzelt sein, nicht ohnmächtig beiseite treten. Aber bis zum letzten Mann muß jeder unserer Anhänger sich dessen bewußt sein, der Kampf wird nicht leichter, sondern wird zunächst schwerer werden.

Die Zehntausende, die am Eröffnungssonntag des Parteitags in Sonne und Regen, unter Donner und Blitz durch Leipziger Straßen marschierten, die endlosen Bänke der blauen Jungen und Mädels, die hoffnungsvoll zu ihren Führern aufschauten, die Zehntausende von erwachsenen Proletariern, die Tag und Nacht den weiten Weg zu uns gemacht haben, denen das Unwetter das einzige Sonntagskleid zerstörte und denen das Wasser durch die schlechten Schuhe rann und die doch nicht von der Straße wichen, deren Augen uns in Begeisterung entgegenleuchteten, denen gegenüber aber auch der Führer ein hohes Maß von Verantwortung trägt, sie müssen wissen: doppelt schwer wird der Kampf, doppelt schwer werden vielleicht auch eure Opfer.

Ihr müßt bereit sein, euch auf neuen Schlachtfeldern zu schlagen, wenn die Entscheidung zu neuen Fronten führt.

Warum will Schwerindustrie ein Direktorium

Die Rechte der Arbeiter sollen zertrümmert werden

Das Organ der christlichen Gewerkschaften Der Deutsche wendet sich in seiner Mittwochsausgabe ebenfalls scharf gegen den Plan eines Direktoriums, wie er dieser Tage wieder einmal von schwerindustrieller Seite propagiert wurde und in den letzten Jahren immer wieder propagiert worden ist, so oft die Situation brenzlich war oder wurde. Das Blatt, das gute Beziehungen zum Reichsarbeitsminister unterhält, schreibt u. a.:

Was die Schwerindustrie will, ist seit langem klar. Sie wünscht, daß insbesondere die Tarifbestimmungen und die über die Arbeitszeit mit einem Federstrich beseitigt wären. Dieses Ziel wird die Schwerindustrie auf parlamentarischem Wege nicht erreichen. Darum ihr Schrei nach dem Direktorium. Sie spricht von einem Direktorium, um dem Volke die Sache schmackhafter zu machen. Aber sie beabsichtigt eine Diktatur der Schwerindustrie. Die Folge wäre eine völlige Entrechtung der Arbeiterschaft!

Hoffentlich beherzigen die Arbeiter aller Richtungen diese berechtigten Warnungen vor dem Rattenfängerpiel der Reaktion.

Staatspartei und Notverordnung

SPD, Berlin, 9. Juni. Nach längerer Ausstrahlung hat die Fraktion der Staatspartei folgende Entschlüsse gefaßt: Die Fraktion hält wesentliche Teile der Notverordnung für verfehlt und in ihren grundsätzlichen Auffassungen nicht für vereinbar. Wegen der sozial und wirtschaftlich notwendigen Änderungen und Ergänzungen wird die Fraktion mit dem Reichstagsrat verhandeln.

Reichsfinanzminister Dietrich, der an der Fraktionsstimmung der Staatspartei teilnahm, sagte der „Völkischen Zeitung“ zufolge, mit den Vertretern des Bergbaues würde über eine Herabsetzung der Kohlenpreise um eine Mark für die Tonne verhandelt.

Regierungskritik an der Notverordnung

Im Verlauf der Begründung eines Gesetzes über den sächsischen Finanzausgleich übte der sächsische Minister des Innern im sächsischen Landtag scharfe Kritik an der neuen Notverordnung der Reichsregierung.

Nazikomödienspiel mit den Erwerbslosen

Im Danziger Volkstag hatten die Nationalsozialisten dieser Tage einen Antrag eingebracht, der die Ausweisung der Erwerbslosen auf den 1. September verschoben wissen wollte. Ihr Antrag war nicht ernst gemeint. Als von der Linken die Forderung gestellt wurde, daß das Haus sobald wie möglich die Unterbringung der Ausgewiesenen sicherstellen soll, drückten sich die Nazis, Lediglich die Sozialdemokraten und die Kommunisten nahmen sich der Ausgewiesenen an. Die Nazis kümmerten sich trotz ihres Antrages den Teufel um die Ausgewiesenen.

Firma Jacobshagen & Co.

Die „oppositionellen Linken“

Großgewinner SPD!

Der badisch-sächsische SPD ist heiß wiederfahren, denn ein Wertelühend wachsende „Sozialfaschisten“ und „linke Arbeitervertreter“ sind zu ihr übergelaufen. Aber der SPD, der Pfalz ist erst recht heiß wiederfahren; denn sie ist ein paar Sündenfriebe losgeworden. Die Uebergetretenen hoffen eine große Bewegung „oppositioneller Sozialdemokraten“ ins Leben zu rufen, den vier Uebergetretenen ist aber bisher noch kein Einziger gelolgt! Im Gegenteil: am letzten Samstag in Waldleiningen, am Fronleichnamstag in Rheingönheim, ja selbst im Gebäude der Arbeiter-Zeitung, wo man einen Genossen bearbeitete — nirgends ist es gelungen, auch nur einen einzigen Sozialdemokraten zu sich herüberzuziehen, was allerdings von kommunistischer wie von der bürgerlichen Presse, die diese Dinge gern nachgedruckt, verschwiegen wird.

Wer sind nun die vier Uebergetretenen? Da wird ein „Referent der SPD“ mit Namen Budeles aus Neustadt angekündigt. Wie heißt aber mit der Referententätigkeit des Herrn Budeles? Ein einziger Mal sprach der „Herr Referent der SPD“ in Waldleiningen in der Pfalz während des ganzen letzten Wahlkampfes! Und auf eine Rundfrage des Parteisekretariats antwortete Herr Budeles:

„Ich muß bei der meines Erachtens unzureichenden Speisenergütung bitten, mich nur in ausn. dringenden Fällen als Referent heranzuziehen.“

Und der strebsame Mann frag sofort an:

„Werden Barauslagen und Honorar durch Bezirkskasse oder durch die Ortskasse bezahlt?“

Der Idealismus Budeles war wirklich nicht von Kappe. Ganz so schweigen davon, daß Herr Budeles noch keine zwei Jahre Mitglied der SPD war und sich unter Verschweigen dieses Umstandes bei der Neustädter Ortsgruppe ein Mandat zum Parteitag zu verschaffen mußte, das der Parteitag in Speyer vor wenigen Wochen einstimmig ablehnte!

Die zweite Eroberung ist der ehemalige Reichstagsabgeordnete Gerhard Jacobshagen, von ihm genügt wohl zu wissen, daß er als Reichstagsabgeordneter seiner Zimmervermieterin 300 Mark Schuldbrief und die Reichstagsfraktion der SPD einbringen mußte. Herr Jacobshagen, der noch im August letzten Jahres erklärte, die Einigkeit und Geschlossenheit der Partei einge ihm über alles, entsetzte sein kommunistisches Herz erst, als ihn der Parteitag mit zwei Drittel Mehrheit als Referent der SPD ernannte. Herr Jacobshagen ganz entschieden, mit der SPD zu kündigen. So hoffte er sich sein Mandat zu erhalten. Seine Frau Susanne Jacobshagen, gleichfalls seit Sonntag nachmittags kommunistin — denn am Samstagabend erklärte sie sich entzweit: niemals werde sie zur SPD gehen! (Sie holte sogar noch Geld für eine SPD-Verammlung letzte Woche im Parteisekretariat ab!) — fiel im Ludwigshafener Stadtrat vor allem durch ihre übergroße Schwelgerei auf. Wieder in Kommisionssitzungen, noch im Plenum hörte man Frau Jacobshagen je das Wort ergreifen...

Die nachstehende Erklärung der Deutschen Friedensgesellschaft wird aber nicht nur über Herrn Jacobshagen, der sich dreißig (noch

eigenen Angaben) im Reichstagshandbuch als „Präsidentenmitglied der Deutschen Friedensgesellschaft“ bezeichnet, sondern auch über den Bierlen im Bunde, Herrn Bolles aus Freiburg, die Augen öffnen. Herr Bolles nennt sich „Sekretär der Friedensgesellschaft“ und war das seiner Lebtag so wenig wie Herr Jacobshagen Präsidentenmitglied.

Der SPD kann man zu ihren neuesten Attraktionen wirklich nur die besten Glückwünsche aussprechen! Hier Mann Zuwachs, das ist doch für eine mehrmonatige Werbekampagne eine ganze Menge... zumal, wenn hunderte sich angewidert abwenden. Man ist recht beschämend gemordet in den letzten Monaten!

Die Erklärung der Deutschen Friedensgesellschaft lautet:

„Da aus sehr durchsichtigen Gründen Herr Gerhard Jacobshagen, Ludwigshafen, früher Reichstagsabgeordneter, sich anlässlich seines Uebertritts von der SPD zur SPD wiederholt als Präsidentenmitglied der Deutschen Friedensgesellschaft bezeichnet, stellen wir auf wiederholte Anfragen aus Mitgliederkreisen fest, daß diese Bezeichnung unzutreffend ist. Herr Jacobshagen hat schon jahrelang keine Beiträge mehr bezahlt und ist daher seit langen Jahren überhaupt kein Mitglied der Friedensgesellschaft.“

Ein Herr Bolles, Freiburg, bezeichnet sich als „Sekretär der Friedensgesellschaft“. Wir stellen fest, daß Bolles diesen Titel zu unrecht führt. Langjähriger Sekretär der Deutschen Friedensgesellschaft in Freiburg ist der Gefinnungsstreu Richard Luft.

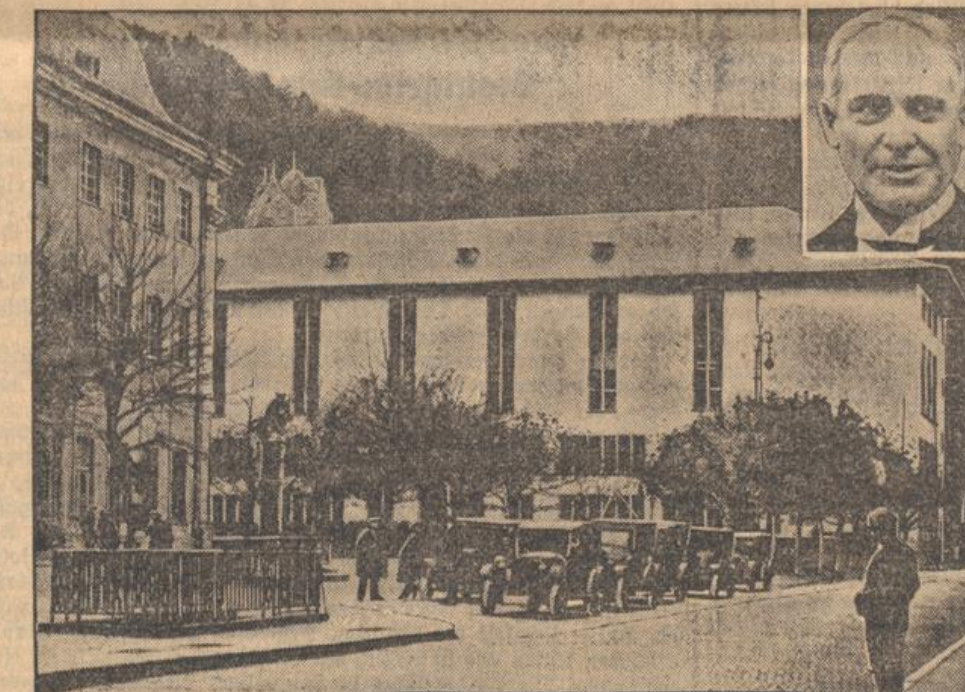
Um Ueberführungen vorzubeugen, bemerken wir der Vollständigkeit halber, daß die frühere Vorsitzende des Landesverbandes Pfalz-Saar, Frau Jacobshagen, vor einigen Monaten wegen rückständiger Beiträge aus der Mitgliedsliste gestrichen wurde.

Ludwigshafen a. Rh., 5. Juni 1931.

Deutsche Friedensgesellschaft, Landesverband Pfalz-Saar, Deutsche Friedensgesellschaft, Ortsgruppe Ludwigshafen.

Wenn sie diese Sorte „aufrichtiger Kampfer“ ohne Schaben los geworden sind, kann man unseren Wähler Parteigenossen nur von Herzen gratulieren. Es muß doch recht eigenartig um die Anstehungsfrage der SPD bestellt sein, wenn sich die Familie Jacobshagen, die in einer Wähler Parteibewegung keinen gerade sehr rühmlichen Namen besitzt, von ihr amozogen läßt. Vor lauter Begeisterungszumel hat die Arbeiter-Zeitung völlig vergessen, ihren Lesern mitzuteilen, daß die wortgewaltige Familie Jacobshagen und auch der seltsame Herr Budeles, nach ihrem eigenen Wortgebrauch noch vor einigen Tagen zu den „bornierten linken Führern“ der Sozialdemokratie zählten, die keine andere Aufgabe hatten, als die Arbeiterschaft bei der Stange zu halten, und die viel gefährlicher seien, als die offenen „Sozialfaschisten“. Welche Aufgabe fällt den in den Schöen der alleinseligmachenden SPD, eingegegengenen reumütigen Sündern denn jetzt bei den Kommunisten zu?

Sie müssen sich — wie schon so viele vor ihnen — vor den kommunistischen Kettenmelaren spannen lassen, um die „Beworbenheit“ der Sozialdemokratie zu befestigen. Da diese Aktionen aber, trotz der ansehnlichen sehr großen politischen Verwirrung unserer Tage von der denkenden Arbeiterschaft durchgesehen werden, sollten die SPD-Manager in ihren Anpreisungen ruhig etwas vorzichtiger sein. Denn soweit uns die Familie Jacobshagen bekannt ist, weiß sie mehr zu fordern, als zu geben. Den übergeschnappten Herren in der Arbeiterschaft könnte diese ehrenwerte Ueberführungsaktion sehr viel Unannehmlichkeiten bereiten. Die Forderungen werden schon noch kommen.



Die Einweihung des neuen Heidelberger Universitätsbaues

Der Neubau der Heidelberger Carolus Rupertus-Universität wurde Dienstag vormittag feierlich eingeweiht. Unter den Anwesenden befanden sich der ehemalige Reichshofmarschall Dr. Schurman, der Reichsinnenminister Dr. Wirth, der badische Staatspräsident Wittmann, der badische Kultusminister Dr. Kemmele, der badische Finanzminister Dr. Schmitt und zahlreiche Vertreter der Behörden und der Wissenschaft.

Der Rektor verkündete, daß der Senat beschlossen habe, dem Erbauer der Universität, Professor Dr. Gruber, die Würde eines Ehrendoktors zu verleihen.

Dann ergriff der badische Staatspräsident und Innenminister Wittmann das Wort zu einer Ansprache, in deren Verlauf er Dr. Schurman die badische goldene Staatsplakette verlieh und dem Oberleiter Professor Dr. Gruber, Danzig und dem bauleitenden Architekten Gutmann-Karlsohn besondere Dank übermittelte. Wittmann sprach mit Stolz davon, daß das Land Baden die älteste deutsche Hochschule beherberge. Heidelberg sei seit Jahrzehnten ein Sorgenkind gemein, besonders da die Baufälligkeiten den heutigen Bedürfnissen nicht mehr entsprächen. Da sei unerwartet Hilfe aus den vereinigten Staaten unter Führung von Dr. Schurman, den er aufs herzlichste begrüßte, gekommen. Der Staatspräsident dankte im Namen der badischen Regierung dem ehemaligen Reichshofmarschall Dr. Schurman und allen Spendern. Des Baues Weihe-Inskript aber ist, so betonte der Staatspräsident, „den lebendigen Geist“ gewidmet, dem Geist, der unentwegt nach Wahrheit und Weisheit forscht und das Letzte und Höchste, soweit menschliches Können und Erkennen es vermag, zu ergründen strebt. Möge dieser Geist stets lebendig sein in allen Gliedern zum Segen der Hochschule und der engeren und weiteren deutschen Heimat! Die Jugend zu lehren — die Weisheit zu wehren — Der Unkultur zu wehren — Das Vaterland zu ehren! — Der Löwe im Schilde des alten Universitätswappens trägt den Wahlspruch: Semper apertus. Allzeit allem

Guten, Schönen, Edlen und Wahren offen und hingegeben. Was Irren und Wirren zur Wahrheit und Klarheit! — Möge dieser Spruch stets sich bewähren in Lehre und Forschung der Dozenten und im Lernen und Streben der Studenten! Welche einig im Streben nach dem Höchsten und Besten, einig in der Liebe zum gemeinsamen Vaterlande und zur alma mater, einig in der Abjnung vor jeglicher Ueberzeugung, einig in der Wahrung von Glauben und Statut!

Der amerikanische Botschafter a. D. Dr. Schurman ging in seiner Dankrede auf die Schaffung des neuen Universitätsbaues ein. Ein großer Betrag, der eine halbe Million Dollars betragender Summe der Stiftung sei von drei hochherzigen amerikanischen Bürgern gegeben worden, die bis jetzt die Nennung ihrer Namen verboten haben. Heute könne er bekannt geben, daß es sich um drei Amerikaner deutscher Herkunft, nämlich um Ferdinand Thun, seinen Janssen und Gustav Oberländer handle. Herr Oberländer, der der heutigen Feier beizuwohne, habe zudem noch einen Fonds von einer Million Dollars gestiftet, um führende Amerikaner aus allen Kreisen in den Stand zu setzen, ein Jahr oder länger nach Deutschland zu kommen. Es müsse erwähnt werden, daß der Stifter bestimmt habe, daß diese Summe innerhalb einer einzigen Generation ausgegeben werden solle. Oberländer sei der Ansicht, daß die freundschaftlichen Beziehungen zwischen den beiden Nationen nach Ablauf dieser Frist auf einer natürlichen Basis beruhen werden und dann keine künstliche Hilfe mehr erforderlich sei.

Zeitungsverbot. Auf Grund der Verordnung des Reichspräsidenten vom 28. März ds. Js. hat das Ministerium des Innern die in Fortwährend erscheinende Tageszeitung Schwarzwälder Tagblatt auf die Dauer von zwei Wochen verboten.

Die Mannheimer Postdirektion hat eine von der SPD auf dem Marktplatz der Innenstadt angelegte öffentliche Protestkundgebung gegen die neue Notverordnung mit anschließender Demonstration auf Grund der Notverordnung des Reichspräsidenten vom 28. März 1931 verboten.

Der Arbeitsmarkt im Reich

Geringer saisonmäßiger Rückgang

Die Statistik teilt mit: Nach dem Bericht der Reichsanstalt für die Zeit vom 16. bis 31. Mai 1931 war die Entwicklung des Beschäftigungsstandes in der zweiten Hälfte des Monats Mai nicht ungünstig. Die Zahl der bei den Arbeitssamern gemeldeten Arbeitslosen hat um rund 144 000 abgenommen; am 31. Mai belief sie sich auf rund 1 067 000. In der Arbeitslosenversicherung wurden am letzten Stichtage — nach Rückgang um rund 134 000 — rund 1 579 000 Hauptunterstützungsempfänger gezählt. Die Befastung der Arbeitslosenversicherung hat sich weiter und zwar um etwa 15 000 auf rund 929 000 Hauptunterstützungsempfänger erhöht.

Ueber die Aufteilung der Gesamtzahl der Arbeitslosen betreffs der Art der gewährten Unterstützung liegen zur Zeit Zahlen erst für Ende April vor. Zu diesem Zeitpunkt wurden von 100 Arbeitslosen im Reichsbuchschnitt 86,7 unterstützt, davon die Hälfte aus der Arbeitslosenversicherung, knapp ein Viertel der öffentlichen Fürsorge. Im Einzelnen ist u. a. am Arbeitsmarkt der Stein- und Zementindustrie ein Stillstand der bisherigen rückläufigen Entwicklung zu erkennen. Die Landwirtschaft hat besonders in den klimatisch begünstigten Gebieten etwas stärkeren Bedarf an Arbeitskräften entwickelt.

Der Arbeitsmarkt in Südwestdeutschland

Saisonmäßige Besserung

Ueber die Entwicklung des Arbeitsmarktes in Südwestdeutschland in der Zeit vom 16. bis 31. Mai 1931 teilt das Landesarbeitsamt Südwestdeutschland mit: Unter dem Einfluß der sehr günstigen Witterung hatte die Besserung der Beschäftigungslage der Saisonarbeiter in der zweiten Hälfte des Monats Mai einen etwas stärkeren Umfang als in der ersten Monatshälfte. Die bei den Arbeitssamern registrierte Arbeitslosenzahl hat sich von insgesamt 242 000 Personen auf 227 000 um 15 000 vermindert. Den zahlenmäßig höchsten Anteil an der Besserung hatten die Bauarbeiter, von denen 3900 Mann als Arbeitsjünglinge ausgeschrieben. Sodann ist die Befastung des Arbeitsmarktes des Nahrungs- und Genussmittelgewerbes infolge der weiteren Belohnung in der Jagarindustrie um weitere 2220 Personen zurückgegangen.

Die finanzielle Befastung der Arbeitslosenversicherung hat in der zweiten Hälfte des Monats Mai in Südwestdeutschland eine weitere Abnahme um rund 11 000 Hauptunterstützungsempfänger erfahren. In der Innenprüfung der Arbeitslosen ist keine Entlastung eingetreten. Der Stand an unterstützten Arbeitslosen war nach der Statistik der Arbeitssamern am 30. Mai d. S. folgender: In der versicherungsmäßigen Arbeitslosenunterstützung 90 699 Personen (70 789 Männer, 19 910 Frauen) in der Arbeitslosenunterstützung 41 608 Personen (36 936 Männer, 4672 Frauen). Die Gesamtzahl der Unterstützten fiel um 10 938 Personen oder um 7,6 vom Hundert von 143 245 Personen (117 003 Männer, 26 242 Frauen) auf 132 307 Personen (107 725 Männer, 24 582 Frauen), davon kamen auf Württemberg 54 979 gegen 60 166 und auf Baden 77 326 gegen 83 079 am 31. Mai 1931.

Am Gesamtbezirk des Landesarbeitsamtes Südwestdeutschland kamen am 31. Mai 1931 auf 1000 Einwohner 26,3 Hauptunterstützungsempfänger gegen 17,1 zur gleichen Zeit des Vorjahres.

Albert Thomas fordert internationale Zusammenarbeit

Der Weg zur Kriegsbekämpfung

Genf, 9. Juni. In der heutigen Vollversammlung der Internationalen Arbeitskonferenz gab Albert Thomas ein Bild über die Tätigkeit der internationalen Arbeitsorganisation im vergangenen Jahre und den derzeitigen Stand der internationalen Sozialpolitik. Er befaßte sich mit den Unregelmäßigkeiten und Ergebnissen der Konferenzen über die Weltarbeitslosigkeit, die wachsende Unzufriedenheit der Arbeiter, die sich zeigen können, wenn eine Reihe von Maßnahmen nicht wirksam sind, und die soziale Lage der internationalen Arbeiter. Er richtete nochmals an die Regierungen der einzelnen Länder die Bitte, ihre Bemühungen zur Ratifizierung des Abkommens über die Arbeitslosenunterstützung fortzusetzen. Ausdrücklich beauftragte sich Thomas mit den Angehörigen der europäischen Arbeiterbewegung gegen eine Amföhrung. Er sei der Meinung, daß man an einem geschäftlichen Wendepunkt stehe. Nur internationale Zusammenarbeit könne aus der Krise herausführen.

Geheimkonferenz Maria Laach

Sonderbare Besprechungen im Zentrum

Unser Kölner Parteiblatt meldet: Wie uns aus Koblenz gemeldet wird, fand in der Abtei Maria Laach am Sonntag eine interne Konferenz katholischer Wirtschaftsführer, Arbeitervertreter und einflussreicher Sozialwissenschaftler statt. Professor Einar Spaan, der bekannte Wiener Soziologe, der seit vielen Jahren die heute im fachwissenschaftlichen Kreise die Ständebildung vertritt und einer der theoretischen Führer des österreichischen Sozialwissenschaftlers war, hielt das Hauptreferat. Die Leitung der Konferenz lag in Händen des Bonner Privatdozenten Dr. Mops Demof, einem Manne, der für die Ständebildung den sozialphilosophischen Unterbau zu legen versucht und in den letzten Jahren auf Jugazungstagen und politischen Kursen der katholischen Studentenschaft des östlichen Deutschlands ist. Diese Ideologie eines katholisch begründeten Sozialismus haben bisher im politischen Katholizismus der Nachkriegszeit wenig Verbreitung gefunden. Jetzt ist ihre Zeit gekommen. Die jüngste Sozialpolitik öffnet ihnen den Weg in die politische und soziale Bewegung, denn diese Sozialpolitik, die nun in deutscher Uebersetzung vorliegt, ist nichts anderes als eine gründlich durchgearbeitete katholische Sozialtheorie, abgeleitet von italienischen Korporationslehren.

Badischer Krankenkassentag

35. Landesversammlung der freien Vereinigung Bad. Krankenkassen e. V. in Singen

Zum ersten Male seit ihrem Bestehen verlegte die Freie Vereinigung der Badischen Krankenkassen den Ort ihrer Landesversammlung nach Singen, der aufstrebenden Industriestadt des Oberrheins. Die Teilnahme an der Tagung war sehr groß.

Eingeleitet wurde die Tagung am Samstag vormittag mit einer Wortandsprechung im Centralhotel, der dann nachmittags 3 Uhr die Mitgliederversammlung im Turnsaal der Malbeschule folgte.

Die Mitgliederversammlung leitete der Kassenvorsitzende P. K. Pforzheim, der die Anwesenden herzlich willkommen hieß und auf den rein geschäftsmäßigen Charakter der Versammlung hinwies. Dann ersetzte der Geschäftsführer des Verbandes, Landtagsabg. G. r. a. Pforzheim, den

Geschäftsbericht

Dieser ist bereits vor einigen Tagen veröffentlicht worden. Ergänzend fügte er hinzu, daß in der nächsten Zeit in Baden Verhandlungen mit der Landeszentrale der badischen Verste darin aufgenommen werden, daß eine Senkung der Wegegebühren und der Gebühren herbeigeführt wird. Mit den Demitten seien bereits Verhandlungen geschlossen worden, die eine Senkung der Gebührenordnung um etwa 10 Prozent zur Folge hätten. Ein schweres Jahr liege hinter uns. Der Geschäftsführer dankte allen, die durch ihre Mitarbeit den Kassen die Treue bewiesen haben, nur durch diese Treue sei es möglich gewesen, die Bestimmungen der Rotterordnungen erfüllen zu können. Sein Antrag auf Entlastung des Vorstandes wurde einstimmig angenommen. Die Verammlung sollte dem Vorstand und dem Geschäftsführer Dank für ihre mühselige Arbeit.

Der Vorstand für das Jahr 1931 wurde ohne Vorwarnung ausgetauscht.

Einem großen Raum in den Verhandlungen des ersten Tages nahm die

Satzungsänderung

ein. Die Änderungen hatten den Zweck, die Satzungen der Badischen Krankenkassen jenen des Hauptverbandes anzuschließen. In der Aussprache wurde in der Hauptsache die Verteilung der 17 Sitze auf die Gruppen Arbeitgeber, Versicherte und Angestellte erörtert. Nach anschließender Diskussion wurde die Satzung einstimmig angenommen mit Ausnahme des § 4, der die Zusammensetzung des Gesamtvorstandes (17 Vertreter, darunter 5 Arbeitgeber) bestimmt. Dieser Paragraph wurde gegen einen Teil der Stimmen der Arbeitgeber angenommen, ein Teil der Arbeitgeber stimmte dafür.

Die Geschäftsordnung für den Landesverband Baden des Hauptverbandes Deutscher Krankenkassen wurde im Zusammenhang mit der Satzungsänderung ausgetauscht.

Die Vorrede wurde durch die Vorstände für die Wahl des Landesvorstandes gebilligt. Danach wurden aus allen Oberverwaltungsbezirken Vertreter gewählt. Im Oberverwaltungsbezirk Karlsruhe sind es für die Arbeitgeber: Ernst Blum, Schlossermeister in Karlsruhe (Stellvertreter: Heinrich Wabla, Fabrikant in Pforzheim), für die Versicherten: Josef Pock in Pforzheim (Stellvertreter: Heinrich Böcke in Bretten), Friedrich Siamund in Karlsruhe (Stellvertreter: Max Köhler, Gemeindegärtner in Rielingen), Emil Fuchs in Bruchsal (Stellvertreter: Johann Enkelmann in Ettlingen), Otto Kraft in Rastatt (Stellvertreter: Fuchs in Rastatt).

Als Tagungsort für die 36. ordentliche Landesversammlung wurde Heidelberg gewählt.

Nach Schluß der Mitgliederversammlung wurde in geheimer Sitzung die Wahl des geschäftsführenden Vorstandes vorgenommen. Am Abend fand zu Ehren der auswärtigen Gäste im Stadtpark ein Konzert der Stadt- und Feuerwehrmusik statt.

Die Verhandlungen am Sonntag

Am Sonntag vormittag um 9 Uhr fanden sich die Teilnehmer zum 4. Badischen Krankenkassentag in der Turnhalle der Malbeschule zusammen. Vorsitzender Schwarz (Mannheim) begrüßte die versammelten Gäste von den Behörden, Gewerkschaften, Kreisvereinen, Dienstleistungsorganisationen usw.

Der Vorsitzende Schwarz dankte der Stadt Singen für die liebevolle Aufnahme und der Ortskrankenkasse von Singen für die musterhafte Vorbereitung der Tagung. Sodann folgte eine Reihe von Ansprachen, so von Direktor Heßlein im Auftrag des Ministers des Innern, Oberregierungsrat Seemüller vom Landesverband Badischer Krankenkassen, Betriebskrankenkassen und der Südwestdeutschen Berufsgenossenschaft sowie der Landesversicherungsanstalt, von Bürgermeister Dr. Kaufmann für die Stadt Singen.

Der Brennpunkt der Tagesordnung bildete der Vortrag des Geschäftsführers Landtagsabg. Graf von Pforzheim über die

Auswirkung der Rotterordnungen in der Krankenversicherung

Einleitend verbreitete sich der Redner über die einzelnen Bestimmungen der Rotterordnung vom 26. Juli 1930, die nicht allein starken Einfluß auf die finanziellen Verhältnisse der Krankenkassen, sondern auch auf dem Gebiete der Verwaltung ausüben. In manchen Fragen seien heute noch gewisse Rechtsunsicherheiten vorhanden. Diese müssen in allerhöchster Zeit beseitigt werden. Große Eingriffe auf dem Gebiete der Selbstverwaltung zu verzeichnen. Die Reichsregierung habe gewisse Maßnahmen dargelegt, als würden die Krankenkassen Verschwendung treiben. Das sei aber nicht der Fall. Die ungeheure Beschränkung, die den Kassen auferlegt worden ist, bedinge gewisse Gefahren. Die unzulässige Kritik, die die Krankenkassen draußen auf dem Lande erfahren, sei dazu anzuregen, das Ansehen der Kassen herabzusetzen. Das sei aber ganz falsch, denn die Kassen hätten als oberstes Gebot die Gesundheit des Volkes im Auge. Besonders unangenehm werde § 139 empfunden, der vorsehe, daß bei dem Bezuge von Arbeitsentgelt im Krankheitsfalle solange Wartegeld bezogen werden könne, daß dann eine entsprechende Beitragsentlastung eintreten könne. Hier sei etwas geschaffen worden, was rechtlich kaum haltbar sei. Besonders untragbar sei die Doppelbesteuerung in den Fällen, in denen Gehalt und Krankengeld zu gleicher Zeit ausbezahlt werde. Das müsse vermieden werden. In technischer Hinsicht lasse die Rotterordnung Verschiedenes zu wünschen übrig. Bedauerlich sei, daß vor dem Erlaß der Rotterordnung die Fachmänner nicht gehört worden seien; das mache sich fast in allen Bestimmungen bemerkbar. Aufgabe der Kassenvorstände sei es, darauf hinzuwirken.

Ausschreitungen in Wuppertal

Wuppertal, 9. Juni. In den Nachmittagsstunden kam es in der Innenstadt an verschiedenen Plätzen wiederholt zu großen Ausschreitungen halbwegsiger Burden. In der Nähe des Alten Marktes warfen sie die Schaufenster eines Lebensmittelgeschäftes ein und versuchten, in das Gebäude einzudringen, um zu plündern. Es gelang jedoch einem Verkehrspolizisten mit seiner Waffe die Menge solange in Schach zu halten bis das Überfallkommando zur Stelle war und die Kubelkinder zerstreute. In den Abendstunden kam es in Barmen abermals zu großen Ausschreitungen von Erwerbslosen, die durch die Polizei aufgelöst wurden. Im Laufe des Tages wurden zwei Personen festgenommen.

Tagung der Eisenbahnverwaltungen

Am Mittwoch, den 10. Juni, und Donnerstag, den 11. Juni, findet in Konstanz die 109. Tagung des Technischen Ausschusses des Vereins Deutscher Eisenbahnverwaltungen statt. Der Verein Deutscher Eisenbahnverwaltungen bezweckt die Förderung der Fortschritte im Eisenbahnbau durch regelmäßige Beratungen und

daß sie in Zukunft an ähnlichen Fällen bei der Gesetzgebung zur Mitarbeit herangezogen werden; wären sie im vorliegenden Falle gehört worden, dann wäre die Rotterordnung bedeutend besser ausgefallen. Bei der Familienhilfe müssen härtere Bestimmungen getroffen werden. Die Ueberweisung der Kranken von einem Ort zum anderen müsse geändert werden, denn heute sei es so, daß die Krankenkasse des neuen Wohnortes, die noch keinen Biennia Beitrag von dem betreffenden Kranken erhalten habe, die gesamten Kosten im Falle einer Krankheit bezahlen müsse. Das gelte besonders bei angeblichen Wöchnerinnen, die aus Anlaß ihrer Entbindung den Wohnort wechseln. Auch auf dem Gebiete der Organisation der Krankenversicherung müsse manches verbessert werden. Man habe die Neugründung von Krankenkassen erschwert, aber man habe es unterlassen, das existenzunberechtigte Kassen verschwinden. Das Verhältnis der Krankenkassen zu den Ärzten bedürfe der Aenderung. In Baden sei man dabei, mit den Ärzten Vereinbarungen abzuschließen, nach denen die Wegegebühren u. a. gekürzt würden. Um die Krankenversicherung halten zu können, müsse von der Reichsregierung eingegriffen werden. Die Krankenkassen haben von Woche zu Woche schlechtere Einnahmen, daher müsse versucht werden, die Senkung der Beiträge zu beben. Die Krankenkassen in Baden seien durchaus nicht auf Kampf eingestellt, aber sie müssen erstreben, ihr Existenzminimum zu behalten. Auch mit den Zahnärzten seien Verhandlungen im Gange. Die Zahl der Tuberkulosekranken gebe bereits in die Höhe. Die vorbeugende Hilfe lasse durch die Rotterordnung nach. Bei aller wirtschaftlichen Not dürfe man nicht übersehen, daß die vorbeugende Hilfe die wichtigste Hilfe sei. Die Krankheitsverbände dürfe unter keinen Umständen geschädigt werden. Hauptaufgabe der Krankenkassen sei, die Zusammenarbeit der Verste mit den Kassen um die Volksgesundheit, die wichtigste Menschenökonomie zu erhalten.

Die Verammlung dankte dem Redner mit herzlichem Beifall. In Stelle des verhinderten Medizinrates Dr. Stephani in Mannheim sprach Medizinrat Dr. Stephani aus Mannheim über die

Kinder- und Erholungsfürsorge in Baden

Aus dem hochinteressanten Vortrag ging hervor, daß Baden auf dem Gebiete der Kinder- und Erholungsfürsorge in Deutschland vorangehe. Die Anstalten in Baden seien musterhaft; in keinem der verschiedenen Heime befänden soziale Unterschiede. Man wisse in keinem Heim, ob und inwieweit die Eltern an den Kosten beteiligt sind. Vor zwei Jahren habe sich eine Badische Landesauschuss- und Erholungsfürsorge gebildet, der die Verbindung herstelle zwischen den Entlassenen und den Heimen und der in dieser Zeit außerordentlich erfolgreich gearbeitet habe. Die Erholungsfürsorge in Baden sei planmäßig organisiert. Es sei sogar bereits so weit gekommen, daß Nachkriegskinder trotz aller Schwierigkeiten kräftiger geworden seien als Vorkriegskinder. Leider sei im vergangenen Jahre zum erstenmal ein Rückgang im allgemeinen Körperzustand festzustellen, so besonders in Mannheim und auch in Karlsruhe. Das sei eine ernste Mahnung, auf dem Gebiete der Kinderfürsorge nicht nachzulassen. Der Landesauschuss richte an die Krankenkassen den Antrag, ihn bei seinen Bestrebungen in jeder Hinsicht zu unterstützen. Den dritten Vortrag hielt Verwaltungsdirektor Stof von Heidelberg über

Weisen und Zweck der Eigeninstitute der Krankenkassen

Der Redner bemerkte dabei, daß der Zeitpunkt nicht mehr fern sei, wo der Königenapparat zu diagnostischen Zwecken in 90 Prozent aller Fälle unumgänglich notwendig sei. Die Idee der Eigeninstitute der Versicherungsträger habe einen sehr starken Antrieb erhalten. Zu den Kurs- und Genesungsheimen seien zahnärztliche und Nönten- und physikalische Institute und sogar Krankenbäuer gekommen. Grundlag müsse sein, daß die Leistungen des Eigeninstitutes über dem Qualitätsdurchschnitt liegen müssen. Neben dem hochwertigen Instrumentarium dürften nur tüchtige Personen in diesen Instituten Arbeit finden. Im Jahre 1930 haben die 12 Erholungsheime der Badischen Krankenkassen 166 500 Verlegungstage gezählt. Der Verlegungstagenanteil sei bedeutend geringer als in privaten Anstalten. Die Kurserfolge seien bedeutend größer. Die vorhandenen Heime genügen für die gesamten Kassen Badens; es sei vorerst nicht notwendig, neue Heime zu gründen. Notwendig sei die Gründung von Heilanstalten für Rheumaerkrankte. Ein weiteres Gebot seien die zahnärztlichen Institute. Die finanziellen Erfolge seien dreierlei: 1. Befreiung der Zahlung, 2. geringere Selbstkosten und 3. verbilligte Preise bei Zahnerhalt mit Edelmetallen. Um die neueste technische Hilfe für die Verbesserung und Ergründung der Gesundheitsverhältnisse der minderbemittelten Bevölkerung zustatten kommen zu lassen, haben die Krankenkassen ein wertvolles und lohnendes Aufgabengebiet in der Schaffung zentralisierter Nönteninstitute. Die Zweckmäßigkeit ist fundiert einmal in der Tatsache, daß die Königenaufnahme überhaupt möglich ist und weiter, daß sie zum billigsten Preise erfolge. Auf dem Gebiete der Selbsthilfe von Heilmitteln (Verbandsartikel, Bruchbänder, Leibbinden, Senfkleeinlagen) haben die meisten Kassen bereits Erfahrungen. Sie müssen bestrebt sein, ihren Mitgliedern nur gute Waren zu bieten. In der Gesundheitspflege seien wir alle Diener, keine Verdienenden, sondern Helfer. Das sei der höhere und edlere Sinn der Krankenkasseneigenschaft überhaupt. Wenn in allen Fällen die Zweckmäßigkeit der Einrichtungen der Krankenkassen von diesem Standpunkt geprüft werde und wenn der Sozialismus zurückgestellt werde, dann seien die Eigeninrichtungen wertvolle Ergänzungen im Aufgabentriebe der Krankenkassen.

Die Verammlung dankte auch diesem Redner für seine Ausführungen. Der Vorsitzende Schwarz ließ in seinem Schlußwort die Vorträge nochmals im einzelnen Revue passieren und untertrieb dabei die Notwendigkeit der Zusammenarbeit aller Schichten des Volkes, um das wichtigste Gut des Volkes, die Gesundheit, zu erhalten. Vor allem warnte er vor einem zu starken Abbau der sozialen Fürsorge, der unter Umständen schlimmere Folgen nach sich ziehen könnte, als man sich gegenwärtig vorstelle. Mit einem Hoch auf die deutsche Sozialgesetzgebung und das deutsche Volk schloß der Vorsitzende die Tagung.

durch Veröffentlichungen. Dem Verein gehören alle wichtigen deutschen, österreichischen, ungarischen, niederländischen und luxemburgischen Staats- und Privatbahnen als ordentliche Mitglieder, ferner die dänischen, norwegischen und schwedischen Staatseisenbahnen sowie die schweizerischen Bundesbahnen als außerordentliche Mitglieder an.

Blutige Zusammenstöße

Im Limbach in Sachsen kam es zu einem blutigen Zusammenstoß zwischen Nationalsozialisten und Kommunisten, bei dem es einige Schwer- und mehrere Leichtverletzte gab. Das Chemnitz Ueberfallkommando stellte die Ruhe wieder her.

Sommertagung des preußischen Landtages

Der Preussische Landtag wird nach dem Beschluß des Versteerrats in der Zeit vom 7. bis 13. Juli eine kurze Sommertagung abhalten. In dieser Zeit soll u. a. auch zu dem Volksbegehren des Stahlhelms auf Auflösung des Preussischen Landtages Stellung genommen werden.

Volksbegehren in Anhalt

Die anhaltischen Rechtsparteien haben ein Volksbegehren mit dem Ziel der Auflösung des Landtages eingeleitet.

K. HAFNER Kaiserstraße 163
Telephon 2127 - Reelle Bedienung

Spezial-Geschäft für Lieferung und Instandsetzung von Büro-Maschinen

Gewerkschaftliches

Betriebsratswahlen im OVP-Bezirk Karlsruhe

Vom Gesamtverband wird uns geschrieben: Nicht wenige Anzeichen scheinen darauf hinzuweisen, daß auch die Betriebsratswahlen bei der OVP einer völligen Politisierung anheimfallen sollten. Zum Zentralbetriebsrat beim RWM waren nicht weniger als vier Listen eingereicht. Rost und Rast versuchten ihre Heilsteuern mit den ihnen eigenen Methoden an den Mann zu bringen, um in der entstehenden Vermittlung im Trüben fischen zu können. Die Deutsche Postgewerkschaft hatte noch von einer Nachwahl im OVP-Bezirk Berlin, bei der sie rund 50 Prozent ihrer Stimmen an die Nazis verloren hatte, den Schreck in den Gliedern. Sie besetzte sich daher, das unaussprechliche Debakel durch ein erst verschämt verschwiegenes, dann aber geleugnetes Wahlbündnis mit den Nazis zu vermeiden. Doch die Nazi selbst brachen den Bann, indem sie u. a. auch im Mannheimer Hafenkreuz-Banner die OVP-Liste als die ihre reklamieren.

Es ist zu bedauern, daß durch diese Listenverbindung die klare Erkenntnis, wie weit der Arbeiter- und Angestelltenförderer der OVP im Bezirk Karlsruhe bereits nationalsozialistisch verdrängt ist, unmöglich geworden ist. Insbesondere für gewisse Kreise in Mannheim und Heidelberg hätte die klare Scheidung der Christen wertvolle Fingerzeige zu geben vermocht.

Was die OVP, aus Anlaß dieser Wahl an Rohkäuferschutz-Künsten aufgewandt hat, geht auf keine Kuhhaut. Jesuitische Verdrehschlüsse und persönliche Berührungspunkte des Gewerkschafters mit den Nazis, um aber den „Steg“ abwärts fester zu stellen, bzw. noch Möglichkeit auch noch die Verwirklichung der eigenen Pläne zu sperren, scheuten diese „Mittelgewerkschaftler“ nicht davor zurück, freiergewerkschaftliche Funktionen dem Arbeitgeber zu denuntzieren.

Mit nicht minder großer Verlogenheit arbeitete naturgemäß die OVP, um das Wahlschifflein in ihr Fahrwasser zu feuern. „Die sozialreaktionären freien Gewerkschaften seien schuld, daß es dem deutschen Arbeiter so schlecht geht; ja sie haben fälschlich die heutige Weltkrise verursacht, um die Arbeiter bedingungslos den so sammkommenden Unternehmern auszuliefern. Die Erfindungsfähigkeit der OVP wird am besten durch die nachstehend wiedergegebene RWM-Verlautbarung gekennzeichnet.“

Der Reichsoberminister. Berlin W, 66, 26. Mai 1931.

IX T 228.

Unwahre Zeitungsberichte über Kürzung der Arbeiterlöhne.

Sofort! In kommunistischen Zeitungen sind in den letzten Tagen Auffäße erschienen, in denen behauptet wird, daß

1. bei der deutschen Reichspost vom 17. Juni ab eine neue Lohnkürzung vorgenommen werden solle,
2. die Kinderausgabe gestrichen bzw. gekürzt werden solle und
3. eine allgemeine Urlaubskürzung vorgekehrt sei.

Die Fragen seien bereits in Verhandlungen mit dem Reichspostministerium, dem Gesamtverband und der Deutschen Postgewerkschaft besprochen worden.

Diese Angaben entsprechen in keinem Punkte der Wahrheit. Es haben weder Erörterungen oder Verhandlungen über eine weitere Herabsetzung der Arbeiterlöhne und eine Kürzung des Erholungsurlaubes stattgefunden, noch liegen solche Maßnahmen in der Absicht des Reichspostministeriums.

Die Veröffentlichungen haben offenbar den Zweck, Unruhe in die Arbeitererschaft zu tragen. Die OVP wolle veranlassen, daß den Arbeitern unverzüglich in geeigneter Weise davon Kenntnis gegeben wird, daß alle Behauptungen und Gerüchte über bevorstehende neue Lohnkürzungen usw. frei erfunden sind.

Aber alles hat nichts genützt; die Mehrzahl der Arbeiter und Angestellten der OVP im OVP-Bezirk Karlsruhe sind zu lange in die freiergewerkschaftliche Schule gegangen, als daß sie den Ratentäußern von links und rechts in die weitere Verleumdung zu folgen, bereit wären.

Die OVP erhielt im ganzen OVP-Bezirk von 2325 Wahlberechtigten ganze 14 Stimmen. Im letzten Jahre waren es noch 19. Der „revolutionäre Fortschritt“ ist also unerkennbar.

Nicht viel besser erging es trotz aller Verdrehschlüsse der christlich-sozialen-nationalsozialistischen OVP. Sie hat gegenüber 1930 einen weit über geringen Stimmenrückgang zu verzeichnen und behält wie bisher nur einen Sitz im Betriebsrat bei der OVP, Karlsruhe.

Mit 1293 Stimmen, also ein Mehr von 72 Stimmen gegen 1930, ist die freiergewerkschaftliche Mehrheit mit 4 Sitzen im Betriebsrat unangebrochen, und wird es auch bleiben, denn die Reichspostarbeiter und Angestellten erkennen immer mehr, daß die für sie allein zuständige Organisation nur der Gesamtverband Reichs-Post und Telegraphie ist.

Gemeindepolitik

Ergebnislose Bürgermeisterwahl in Schopfheim

Auch der zweite Wahlgang zur Bürgermeisterwahl in Schopfheim verlief ergebnislos. Der Kandidat der Bürgervereinsliga und des Zentrums, Dr. Hirt, erhielt 31 Stimmen, Stadtschreiber Schwab (Karlsruhe), der von den Sozialdemokraten nominiert wurde, vereinigete 18 Stimmen auf sich, während Bürgermeister Kömel (Hornberg) 9 Stimmen der Wirtschaftspartei und der kommunikative Reichstagsabgeordnete Chemnitz 10 Stimmen erhielt. Es wird daher ein dritter Wahlgang nötig sein.

Kleine bad. Chronik

Vom Blitz erschlagen

Fors (Bruchsal), 9. Juni. (Eig. Meldung.) Gestern nachmittag halb 4 Uhr zog ein schweres Gewitter über unsere Gemarkung. Der im Felde mit Pflügen beschäftigte 25jährige C. Böler wurde mitsamt seinem aus zwei Kühen bestehenden Gefährt vom Blitz erschlagen.

Das Motiv des Hülzinger Kindermordes

D3. Hülzingen, 9. Juni. Unter ungeheurer Anteilnahme der gesamten Bevölkerung sind die vier Kinder des Straßenmeisters Emil Mayer, die von ihrer Mutter mit der Art erschlagen worden sind, in einem gemeinamen Grabe beigesetzt worden. Die Untersuchung dieser furchtlichen Tragödie hat ergeben, daß die geistig unmadigste Frau die Tat unter einer Zwanngsidee ausgeführt hat. Die Mutter war nervenleidend und ihr Zustand verschlimmerte sich von Tag zu Tag, so daß die Frau ihre Unterbringung in der Heilanstalt Reichenau fürchtete. Sie glaubte auch, daß ihre Kinder als böses Erbe die Kervenleiden bekommen würden und so setzte sie allmählich in ihr die Idee fest, sie müsse ihre Kinder vor diesem Schicksal bewahren. Auch wollte sie nicht, daß man den Kindern später sagen sollte: „Eure Mutter ist narsisch.“ Wiederholt hat sie geäußert: „Wenn ich nur sterben und alle vier Kinder mitnehmen könnte“ und „Oh hätte ich nie geheiratet.“ Als ihr Mann sie nach der blutigen Tat traf, sagte sie ihm mit unnatürlicher Ruhe: „Jetzt habe ich etwas angeestellt.“ Bevor sie in den Wannen stieg, der sie nach der Heilanstalt bringen sollte, bestimmte sie noch die Totenkleider für die Kleinen. Als man ihr die Tat vorhielt, sagte sie: „Ich habe es gut und recht gemacht.“

Sagfeld, 9. Juni. Das Ehepaar Emil Schmidt konnte am heutigen Tage die 25. Wiederkehr ihres Hochzeitsjahres feiern. Dem Volksfreund ist Emil Schmidt schon seit genau fünfzig Jahren ein treuer Abonnent. Trotz dauernder Arbeitslosigkeit hat er

Aus aller Welt

Die Todesstrafe bleibt in der Schweiz verworfen

Bern, 9. Juni. Der Ständerat hat die Einführung der Todesstrafe im Eidgen. Strafrechtsgesetz verworfen.

Selbstmord eines Bankdirektors

Neutlingen, 9. Juni. Der Direktor der Gemeinbank von Neutlingen, Schweizer, hat sich wegen geschäftlicher Schwierigkeiten das Leben genommen.

Vier Tote bei einem Einsturzungslid

Frankfurt a. M., 9. Juni. Im Kreise Soltau werden zur Zeit umfangreiche Umbauten vorgenommen. Gestern wurden beim Abbruch eines Scheunengebäudes fünf Bauhandwerker von zusammenbrechendem Mauerwerk erschlagen. Drei wurden sofort getötet, einer der Helfer, verstarb kurz nach der Einlieferung in das Krankenhaus Berlinchen.

Englisches U-Boot gesunken

London, 9. Juni. Wie die Admiralität mitteilt, ist das Unterseeboot „Kojedon“ in der Nähe von Wetbale (China) nach einem Zusammenstoß mit einem Handelschiff gesunken.

Eisenbahnzug beschossen

Frankfurt, 9. Juni. Der Eilzug 63 wurde gestern Abend etwa 500 Meter südlich des Bahnhofs Bronzell bei Fulda von unbekannten Tätern beschossen. Glücklicherweise wurde dabei nur ein Oberfenster des Postwagens zertrümmert.

Die Leuna-Spionage vor dem Reichsgericht

Vor dem Vierten Strafsenat des Reichsgerichts begann die Verhandlung wegen der Wertspionage in den Leunawerken, die vor etwa 1 1/2 Jahren aufgedeckt wurde und durch die Beileitungsstände der Aufdeckung großes Aufsehen erregt hat. Zu verantworten haben sich der Dekonomieverwalter Felix Amann, der Händler Wilhelm Beder, der Kaufmann Leonhard Stas und der Reichswehrangehörige Albert Garter wegen fortgesetzten Verrats militärischer Geheimnisse, begangen teils einzeln, teils gemeinschaftlich in den Jahren 1927 bis 1930 in Saarbrücken, Mainz, Ludwigshafen, Weisenfels, Wolfenbüttel, Hannover mit einer Reihe anderer angelegter Perionen. Gleich nach den prozessualen Formalitäten wurde auf Antrag des Vertreters der Reichsanwaltschaft die Öffentlichkeit für die ganze Dauer der Verhandlung ausgeschlossen, da bei einer öffentlichen Verhandlung eine Gefährdung der Öffentlichkeit, insbesondere der Staatsicherheit des Deutschen Reiches, zu befürchten sei.

Nazi-Revolververhöle gegen die Kunst

Zu geradezu unzulässigen Standstillen kam es im Kurztheater von Bad Homburg anläßlich der Aufführung eines Scherzspiels „Reinecke Fuchs“. Da die Nationalsozialisten in Erfahrung gebracht hatten, daß der unter einem Pseudonym in Erscheinung getretene Autor des Stückes der Verleger der Frankfurter Zeitung, Dr. Heinrich Simon war, versuchten sie unter ohrenbetäubendem Lärm die Aufführung zu verhindern. Um ihrem unartikulierten Gebrüll den nötigen Nachdruck zu verleihen, gaben sie zahlreiche Revolververhöle ab. Unter den Theaterbesuchern, darunter vielen Kindern, brach eine tiefe Panik aus. Polizei mußte schließlich in das Theater eindringen, um die tobenden Nazis zur Vernunft zu bringen.

Große Unterhaltungen bei der Elektrizitätsgenossenschaft Südwest-Oberfranken

Die Elektrizitätsgenossenschaft Südwest-Oberfranken in Bamberg ist durch ihres früheren Leiter, Dr. Dittmann, durch Verschleuderung von Geldern an den Rand des Ruins gebracht worden.

Französisches Flugzeug abgeflürzt

Wie die Luftfahrtgesellschaft Air-Union mitteilt, ist das Postflugzeug Indochina-Frankreich, das am 6. Juni Saigon verlassen hatte, am 7. Juni nach der regelmäßigen Zwischenlandung in Kanton in einem Sturm geraten und etwa 250 Kilometer von Anlauf entfernt in einen Fluß gestürzt. Drei Mitglieder der Besatzung seien ertrunken. Die Leichen seien von Einwohnern abgeholt worden. Ueber das Schicksal des Piloten fehlt jede Nachricht. Die Poststücke seien gerettet und in einem anderen Flugzeug weiter befördert worden.

Hochkapler festgenommen

In Paris wurde vor einiger Zeit ein Hochkapler verhaftet, der sich Andre Dreux nannte, in Wirklichkeit jedoch Andre Jourdenot heißt und dem zahlreiche Betrügereien zur Last gelegt werden. Jourdenot, der vor einem Jahre nach Straßburg gekommen war, verhoffte sich unter dem Vorwand, eine Fabrik eröffnen zu wollen, Schatzgräber und Hochkapler in der Industrie zu machen. Von dem Konto des Industriellen Koll aus Vendenor 12500 Franken ab. Bei einem zweiten Versuch wurde jedoch Verdacht geschöpft und Jourdenot tauchte in Paris unter, wo er jedoch später von dem Fabrikanten Koll gelehrt wurde, der die Verhaftung des Hochkaplers herbeiführte. Er wird sich vor dem Straßburger Gericht zu verantworten haben.

solidarisch zu seinem Blatte gehalten, was ihm von uns besonders hoch angerechnet wird. Auch ist er ein waderer Kämpfer der Arbeiterbewegung in Gewerkschaft und Kulturorganisation. Wir gratulieren dem Genossen und seiner Gattin und wünschen dem allseits verehrten Mitstreiter für unsere Sache ein „Glück auf“ zur goldenen Hochzeit.

i. Eppingen. Das 54jährige Löhnterchen des Otto Barth wurde hier beim Ueberfahren des Marktplatzes von einem Pflanzwagen angefahren und erlitt infolge des Sturzes eine leichte Gehirnerschütterung. Der ebenfalls gestürzte Radfahrer kam mit dem Schrecken davon.

Eberbach. Umweil der Stadt scheuten die Pferde des Landwirts Link von Redarwimmersbach vor einem Eisenbahnzuge. Pferde und Wagen führten den Abgang hinunter in den an dieser Stelle sehr tiefen Aedar. Hilfe war gleich zur Stelle und so ging die Sache noch allmählich ab. Ein 54jähriger Knabe, der auf dem Wagen lag, konnte noch rechtzeitig abspringen und blieb so auf dem trockenen Boden.

Worheim. Am Sonntag morgen bemerkte der in seinem Garten am Mühlkanal arbeitende Heinrich Gerberd auf Zuruf anderer Gartenbesitzer im Kanal einen Kinderwagen, in dem sich ein Kind befand, abwärts treiben. Kurz entschlossen sprang ans Land. Das Kind hatte sich in dem mit den Rädern nach oben treibenden Wagen gefangen. Es konnte aus seiner Ohnmacht wider ins Leben zurückgerufen werden. Das zweiährige Kind war beim Steg hinter der Mühle mit dem Wagen ins Wasser gerutscht. — Der 14jährige Friedrich Ratzfelder wurde, als er einen Handwagen hoch, von einem auswärtigen Auto angefahren. Der Knabe mußte mit einem Schädelbruch ins Krankenhaus verbracht werden.

Eingen. Der Mann, der sich heute morgen auf der Straße zwischen Eingen und Radolfzell von einem Güterzug hatte überfahren lassen, ist der 34 Jahre alte Arbeiter Johann Wuritz aus Ofrach in Hohenbollern. Die Leiche wurde auf den hiesigen Friedhof verbracht.

Neßlingen, Amt Radolfzell. Am Montag nachmittag, kurz nach 1 Uhr, ertönte in Neßlingen wieder einmal Feueralarm. Im Saalbau des Gasthauses „Zur alten Post“ war, vermutlich infolge Ramindefektes Feuer ausgebrochen. Das Gebäude brannte vollständig aus. Die Löschmannschaft mit der Motorpumpe war bald auf Stelle und konnte das Feuer auf seinen drei beschränkten. Einem Landwirt, der in dem ausgebrannten Gebäude einige Wa-

Preußen und evangelische Kirche

Berlin, 10. Juni. (Funkdienst.) Der Hauptauschuß des preussischen Landtages billigte am Dienstag mit 14 gegen 3 Stimmen den Antrag des Staatsrats mit den evangelischen Kirchen. Die Sozialdemokratie enthielt sich der Stimme.

Sie war in Doorn!

Wie die Kaisertruppen geneppt wurden
Unter obigem Titel meldet der Vorwärts:

„Sie war in Doorn! Sie hat den Kaiser gesehen, sie hat eine Prinzessin!“ Das war der Rimbuss, der die „Prinzessin“ (schweizer) Prinzessin Sarsen umgab, wenn sie bei den Feiern des Gabels und jener Bürgerlichen, die nicht alle Kaisertruppen, dankbarer oder, nennen wie die Sache, wie sie sie schwindeln ging.

Als Einführungsdiener zwei Brotschürren „Doerner und Wierterger Tase, Eindrücke von Bejungen, von Nikoline Hansen“ und „Wer hat die Schuld? — Du selbst! Bilder aus trüben Tagen von Nikoline Hansen“. Und dann kamen Erzählungen, daß die Kinderärztin sei und unter wohlwollender Unterstützung der Doerner zollern ein. Kinderheim errichten wolle. Dann kam sie ohne eine Besichtigung bei M-Rubin, die 350 000 M kosten sollte, Nikoline warb, immer unter Berufung auf ihre guten Beziehungen, ein Duzend Annehmlichkeiten, kaufte auf Kredit Möbel und lebte auf Besichtigung 14 Tage lang in Saas und Braus. Als dann die Doerner ronten Punkte rohen und ihre Rechnungen vorweisen wollten, wurde die Freundin des Hauses Doorn über alle Berge. Der Schwager des Ex-Kaisers, Friedrich Leopold Prinz von Preußen, stand der Tat mit der Schwägerin wegen eines Verkaufs seines Schlosses Klein-Glienicke in Kopenhagen, aus diese Freie Doerner Nikoline Gelegenheit zu weiteren Schwindelen.

Besonders niederträchtig zeigte sie sich bei dem Betrag an einem 86 Jahre alten Frau.

Ihr schwindelte sie vor, daß ihr „eine Prinzessin“ eine Villa der Beimeistertruppe in Potsdam für ein Kruppelheim überlassen habe. Die alte Frau war von diesem Kruppel einer Prinzessin so begeistert, daß sie Nikoline ihre sämtlichen Möbel überließ. Die saubere Nikoline hatte natürlich nichts Eiligeres zu tun, als die Möbel zu verpacken und den Erlös in die Tasche zu stecken. Die Eingreifen der Verwandten der betrogenen Greisin gelang es nicht im letzten Augenblick das hübsche Gut und Gut der alten Frau zu retten. Natürlich hat Nikoline auch gewissen Kreisen der evangelischen Geistlichkeit ihre Besuche abgebetet. Der Sinnes ihre Beziehungen zum Saase Doorn genigte oft zur Ueberführung beträchtlicher Geldbeträge von der geliebten in die weltliche Doorn. Daneben arbeitete Nikoline mit einem Sparschatz über 350 000 M. Markt, das nur den einen Fehler hatte, daß es gefälscht war. Nikoline besah trotz ihrer oft beträchtlichen Einkünfte keine Ersparnisse.

Jetzt ist Nikoline Hansen auf Veranlassung eines ihrer Onkel der Bilanztraher in Kopenhagen und bei der Kruppel in Kopenhagen eingekerkert worden. Das Nachsehen haben die Kaisertruppen, die auf jeden Beinefall, der ihnen mit Beziehungen oder gar mit Verwandtschaft zu den allerhöchsten Kreisen imnert, mag es sich nun um Domela, um die Kubinad Maratzen um den Bädergejellen Rittmeister von Alken oder um Nikoline Hansen handeln.

Die Republik finanziert ihre Feinde

Eine charakteristische Feststellung

Aus München wird berichtet: Zu den gefährlichsten Feinden der demokratischen Republik gehören die militärische Wehrmacht der Hitlerpartei, der sogenannten Stabschef der Sturmabteilungen und Schutzstaffeln Ernst Röhm, deutscher Hauptmann und bolivianischer Oberleutnant a. D. Die Republik ist die Affäre Röhm eine offenkundige Tragikomödie. Denn die Republik finanziert den Verhöhrer nicht nur mit einlaufenden monatlichen Pension von 335,25 M, sondern sie gewährt ihm noch auf sein Verlangen in den Jahren 1924/28 eine Reihe von Subventionen, die, wie bekannt geworden zusammen 1200 M betragen. Ueber diese Unterfertigungen, an denen das Reichspostministerium mit 1420 M und das Reichsarbeitsministerium 400 M beteiligt ist, weiß die sozialdemokratische Münchener interessierte Einzelheiten mitzuteilen.

Damach war es so, daß die Republik ihrem eigenen Bürger einen bedeutenden Zuschuß für die Deckung der Kosten des Prozesse leistete. Sie gegen ihn als Hochverräter angeklagt hatte! Das ist ein sehr seltsames Verhalten. Auffallen ist, daß die Subventionen in der Höhe von 1200 M einfallen. Als Groener in Reichswehrministerium einzog, unterließ der Hochverräter offenbar seine Anträge und zog es bald darauf, von München nach Bolivien überzusiedeln, bis ihm Hitler als Wehrminister der Partei nach Deutschland zurückholte.

Bankhaus

STRAUS & CO.

KARLSRUHE I. B.

Fernsprech-Anschlüsse

Stadtverkehr Nr. 4430 bis 4435

Fernverkehr Nr. 4901 bis 4903

Devisenabteilung Nr. 4439

Blatt Nr. 4430 bis 4435

Blatt Nr. 4901 bis 4903

Blatt Nr. 4439

Blatt Nr. 4430 bis 4435

Blatt Nr. 4901 bis 4903

Blatt Nr. 4439

Blatt Nr. 4430 bis 4435

Blatt Nr. 4901 bis 4903

Blatt Nr. 4439

Blatt Nr. 4430 bis 4435

Blatt Nr. 4901 bis 4903

Blatt Nr. 4439

Blatt Nr. 4430 bis 4435

Blatt Nr. 4901 bis 4903

Blatt Nr. 4439

Blatt Nr. 4430 bis 4435

Blatt Nr. 4901 bis 4903

Blatt Nr. 4439

Blatt Nr. 4430 bis 4435

Blatt Nr. 4901 bis 4903

Blatt Nr. 4439

Blatt Nr. 4430 bis 4435

Blatt Nr. 4901 bis 4903

Blatt Nr. 4439

Blatt Nr. 4430 bis 4435

Blatt Nr. 4901 bis 4903

Blatt Nr. 4439

Blatt Nr. 4430 bis 4435

Blatt Nr. 4901 bis 4903

Blatt Nr. 4439

Blatt Nr. 4430 bis 4435

Blatt Nr. 4901 bis 4903

Blatt Nr. 4439

Blatt Nr. 4430 bis 4435

Blatt Nr. 4901 bis 4903

Blatt Nr. 4439

Blatt Nr. 4430 bis 4435

Blatt Nr. 4901 bis 4903

Blatt Nr. 4439

Blatt Nr. 4430 bis 4435

Blatt Nr. 4901 bis 4903

Blatt Nr. 4439

Blatt Nr. 4430 bis 4435

Blatt Nr. 4901 bis 4903

Blatt Nr. 4439

Groß-Karlsruhe



Geschichtskalender

10. Juni

1836 fWasser Andre Marie Ampere. — 1921 Sozialistischer Abgeordneter Garetz ermordet. — 1924 Italienischer Sozialistenführer Matteotti von Faschisten ermordet. 1930 Rumänien: Carol wieder König. — 1930 Minister Siegenwald erklärt Rohrabau für verbindlich. — 1930 fAdolf von Barnad.

Rosen und Lilien

Ich habe immer die roten Rosen geliebt. In dem flammenden Rot der Rose steckt etwas Revolutionäres, etwas Unbesiegbares. Aus demselben Grunde hat wohl auch die Rose bei manchem revolutionären Dichter soviel Sympathie gefunden. Heinrich Heine hat die Rose oft in seiner Dichtung besungen: „Wenn du eine Rose liebst, sag, ich las' sie grünen.“ Unter den Symbolen der Liebe und Schönheit versteht Heinrich Heine die folgenden:

Die Rose, die Lilie, die Tauben, die Sonne, Die Hebl' ich einst alle in Liebeswonne.
Die Rose steht er aber an die Spitze. Die Zahl der Sängere, die der Rose ihre Huldigungen dargebracht, ist sehr groß. Aber hinter der Verehrung der Rose stand immer der Gedanke an die Liebe, die sich auflöst in der Traueminne. Wenn nun mittelalterliche Mägen ihrer irdischen Liebe Müde anlegen mußten, so suchten sie, wie der moderne Ausdruck sagt, ihre Empfindungen geistig abzureagieren. Sie wandten ihre ganze Liebeslust der himmlischen Frau, der Maria zu. Der Madonna weihen sie die Rose. Die Liebeslust, die oft im Madonnafult zum Ausdruck kommt, entspringt, psychologisch betrachtet, genau demselben sexuellen Triebe, wie bei allen andern Dichtern, die die Minne besungen.

Aber auch bei den alten Kulturvölkern hat der Rosenkult eine bedeutende Rolle gespielt. Den Griechen galt sie als das Sinnbild der Schönheit, der Liebe, der Jugend und Verschwiegenheit. Sie war darum der Venus, dem Amor, der Aurora, die die Rosenfinsternisse genannt wurde, und dem Sarpokrates geweiht. Venus war die Göttin der Liebe und Schönheit, Amor der Gott der Liebe, Aurora die Göttin der Morgenröte (dabei die Rosenfinsternisse), und Sarpokrates der Gott der Verschwiegenheit.

In der vor dem Aufbruch stehenden, schwellenden Rose haben Dichter und Künstler das Symbol des Heranzureifens, in dem Bann der ersten Liebe stehenden jungen Weibes.
Lierk, der viel grausame Bilder gemalt, läßt auf einem seiner Gemälde ein junges Mädchen zwischen zwei Vorhängen hervortreten, bei dem nur der zarte Busen enthüllt ist und das dem Zeichner eine Rosenknospe darreicht. Und er hat das Bild „Rosenknospe“ genannt. Die Rose ist das Symbol der Liebe und Verehrung.

Wie die Rose, die nach Entspannung sehnüchtige Liebe darstellt, so ist die Lilie das Symbol der Unschuld und Keuschheit. Und auch so groß wie bei den Dichtern und Sängern der Rosenliebe, ist die Zahl der Dichter, die in der Lilie die Keuschheit und Unschuld, die Unberührtheit, die Jungfräulichkeit dargestellt haben.
Der in Einfachheit und strenger Selbstzucht lebende Nazarener Heide die Lilie. Ihm war sie das Sinnbild der Unberührtheit, der Keuschheit. „Seht die Lilien des Feldes, wie sie wachsen; sie arbeiten nicht und nähen nicht. Ich sage euch aber, daß auch Salomon in aller seiner Herrlichkeit nicht bekleidet gewesen ist, wie eine von diesen.“ Der arabisch-fantastische Sineser:
Meine Braut führ' ich heim, wenns nur wieder erst mai, eine Rosenblüte im Lilienkleid.

Einem Rosenparadies gleicht zur Zeit das Rosarium unseres Stadtgartens. Sich an ihm zu erfreuen, sollte niemand veräumen. Auch in anderen Blumenanlagen unseres Stadtbereichs finden wir dieses entzückende Kind Floras in üppiger Pracht. Ebenso in vielen Hausgärten, wie überhaupt konstatiert werden darf, daß die Blumenwelt an Liebhaber bedeutend zugenommen hat; gegenüber früherer Jahre. Eine höchst erfreuliche und beachtenswerte Entwicklung.

Notverordnung und Städte

Anlässlich der Tagung der Vorstände des Deutschen und Preussischen Städtebundes in Münster äußerte sich der Präsident des Deutschen Städtebundes, Dr. Müller, in einer Pressebesprechung über die Lage der deutschen Städte: Der Gebietsbedarf der Gemeinden und Gemeindeverbände betrug, so führte er aus, im abgelaufenen Rechnungsjahr 1930 450 Millionen Mark. Eine Deduktion dieses Gebietsbedarfes sei natürlich in dem Jahre 1931 unmöglich. Die Gebietsbedürfnisse würden sich also aus Kassendefiziten in kurzfristige Verschuldungen umwandeln. Für das Jahr 1931 sei trotz äußerster, kaum mehr erträglicher Ausgabeneinsparungen und Aufgabendeckelungen das Defizit auf mehr als 625 Millionen zu schätzen. Das Defizit für 1931 beruhe allein auf der Mehrbelastung durch die Wohlfahrtserwerbslosen, die bei den Gemeinden und Gemeindeverbänden 1931 gegenüber 1929 645 Millionen Mark betrage. Ohne diese Mehrbelastung, die weder dem Lastenausgleich zwischen Reich, Ländern und Gemeinden, noch der Katastrophenhilfe, noch schließlich der Finanzkraft der Gemeinden entspreche, würden die Gemeinden im Rechnungsjahr 1931 bei sparsamster Wirtschaft kein Defizit zu tragen haben. Die Finanzwirtschaft der Gemeinden sei also, abgesehen von der katastrophalen Last der Wohlfahrtserwerbslosen, gesund. Aus solcher Sachlage ergebe sich das Recht der Gemeinden, von Reich und Ländern eine anteilige Übernahme der Wohlfahrtserwerbslosen, die immer mehr von den stärkeren Schichten des Reiches auf die schwächeren der Gemeinden überwälzt zu werden.
Der Deutsche Städtebund habe die organisatorische und finanzielle Zusammenlegung der Krisenfürsorge und der Wohlfahrtserwerbslosen, zu einer „Reichsarbeitslosenfürsorge“ verlangt. Es verlange, daß die Reichsregierung, gestützt auf ein Mehrheitsgutachten der Finanzkommission, sich im Augenblick zu dieser einschneidenden Maßnahme nicht entschließen könne. Die Gemeinden bedauern diese Entscheidung, das Reich hätte durch solche Zusammenlegung mit Hilfe der kommunalen Wohlfahrtsbehörden in der Krisenfürsorge wesentliche Ersparnisse machen können. Mit um so stärkerem Gemüht verlangten die Gemeinden eine irgendwie geartete finanzielle Beteiligung des Reiches und der Länder an den Kosten der Wohlfahrtserwerbslosenfürsorge. Wenn Krisenfürsorge und Wohlfahrtserwerbslosenfürsorge vorläufig nicht zusammengelegt wer-

den sollten, so müßten die Gemeinden unbedingt von der Tragung des Kostenanteils der Krisenfürsorge befreit werden. Die deutschen Städte erwarteten von der kommenden Notverordnung einen weiteren Schritt auf dem schweren Wege der Finanz- und Wirtschaftsanfängerung und könnten die Reichsregierung bei allen ihren Maßnahmen, die diesem Ziele dienen, nach Kräften unterstützen. Im Interesse der städtischen Bevölkerung forderten aber die Städte, daß die Reichsregierung das schwierige Problem der Lebensmittelpreissetzung unverzüglich löse.
Dr. Müller teilte in der Pressebesprechung ferner mit, daß die Vorstände des Deutschen und des Preussischen Städtebundes einmütig den Berliner Oberbürgermeister Dr. Sahn zum Vorsitzenden der Vorstände gewählt haben. Dr. Sahn habe die Wahl angenommen.

Sträfliche Kampfmethoden gegen den Volksfreund

Der Volksfreund hat viele Gegner und diese Tatsache darf er sich zur Ehre anrechnen. Aber wie der Kampf gegen den Volksfreund von verschiedenen seiner Gegner geführt wird, das ehrt die Gegner absolut nicht. Es wird nämlich zu Mitteln gegriffen, die sehr verwerflich sind und den Beweis erbringen, auf welcher niedriger Stufe der Kampf gegen den Volksfreund geführt wird. Tagtäglich gehen uns Klagen zu, daß Abonnenten unserer Zeitung ihr Volksfreundememorial aus dem Briefkasten herausgeholt oder die Zeitung in viele Stücke zerrissen wird, um ein Lezen unmöglich zu machen. Es ist im allgemeinen schon ein beschämendes Zeichen für einen Gegner, wenn er sich an einem toten Gegenstand seines Gegners vergreift und ihn beschädigt, um seinen Jörn über den Gegner an diesem toten Gegenstand zu fühlen. Erst recht darf dies von einer Zeitung gesagt werden. Denn was nützt es, wenn so eine Zeitung gestohlen oder zerrissen wird, da ja viele Tausende Exemplare unter die Bevölkerung kommen. Nur Janatiker, die jedes Menschenverstandes bar sind, können zu derartigen Mitteln greifen. Aber in der heutigen Zeit der niederen Kampfesart, wie sie durch die Nazis und Nazis systematisch getrieben wird, werden derlei Kampfmethoden von gewisser Seite als Heldentat gemeldet.
Wir fordern unsere verehrlichen Abonnenten auf, ihr Augenmerk auf die wohlthätige Junft der Zeitungsmarder und Zeitungsbefähiger zu richten und uns im gegebenen Falle Mitteilung zu machen, sodas wir derlei Fälle strafrechtlich verfolgen lassen können.

Die hohen Ladenmieten

Zu diesem Artikel in der gestrigen Nummer unseres Blattes schreibt uns ein Mieter eines Ladenlokales:
Es ist höchste Zeit, daß sich die Ladenmieter zusammenschließen, um sich gegen Ausbeutung der Ladenbesitzer zu wehren. Es ist einfach unerschöpflich, wie die Ladenmieter von den Besitzern ausgebeutet werden. Und dabei sind es vielfach selbst Geschäftsleute, die ihre Mieter auf diese Weise ausraubern und deshalb wissen sollten, wie schlecht der Geschäftsgang ist und dadurch der Ladenmieter ungemüht schwer die Mieten aufbringen kann. Wenn heute so mancher Geschäftsmann Miete macht, ist bei vielen die so hohe Ladenmiete mit Schuld daran. Gewiß wird niemand verlangen können, daß der Besitzer eines Ladens denselben zu einem Mietpreis abgibt, der für ihn Schaden bringt, aber was heute zum allergrößten Teil verlangt wird, geht über das zulässige Maß hinaus und trägt nur dazu bei, die Waren zu verteuern oder aber, daß der Mieter ruiniert wird.
Wenn heute jedoch die Ladenmieter so jammern, so mögen sich die meisten an ihre eigene Brust schlagen und sagen: Auch ich bin schuld daran! Seit Jahr und Tag schrien die Ladeneigentümer nach Beseitigung der Zwangswirtschaft für Ladenlokale. Und außerordentlich viele Ladenmieter stimmten ebenfalls in das Geschrei ein in der falschen Hoffnung, daß die Beseitigung der Zwangswirtschaft oder besser gesagt, der Notbestimmungen für Ladenlokale billigere Ladenmieten bringe. Diese kurzfristige Auffassung, die ja auch in anderen Dingen bei vielen Geschäftsleuten anzutreffen ist, war eben eine falsche, und beweist nur, daß die Interessen der hausbesitzenden Geschäftsleute nicht identisch sind mit denjenigen der Mieter von Geschäftslokalen. Aber so geht es, wenn man nicht weiter denkt und außerordentliche Maßnahmen in außerordentlicher Notzeit beseitigt haben will. Anstatt, daß die Ladenmieten billiger geworden sind, wurden sie — abgesehen von Einzelfällen — immer teurer, und selbst finanziell gut fundierte Geschäfte waren zur Aufgabe des bisherigen Ladenlokals gezwungen und mußten, wenn sie nicht vollständig ruiniert werden wollten, in ein billigeres Lokal flüchten. So wird der Mieter von Ladenlokalen von seinem eigenen Kollegen, der glücklicher Hausbesitzer ist, bis auf die Haut gepeinigt. Ja, er könnte sogar zusehen, wie seinen Mieterkollegen noch das Hemd ausgezogen wird. Und so etwas nennt man dann Kollegialität und Solidarität des Mittelstandes. Die Frage der Ladenmiete beweist, daß der Mieter eines Geschäftslokales alle Ursache hat, einzusehen, daß er seine eigenen Wege gehen muß, wenn er dem hausbesitzenden „Kollegen“ nicht als Ausbeutungsobjekt dienen will.

Aus Organisationen und Vereinen

Generalversammlung des Vereins wissenschaftlich gebildeter Lehrkräfte an badischen Handelslehranstalten
Am Samstag und Sonntag, 6. und 7. Juni, fand in Karlsruhe in den Räumen des badischen Landtags die achte Generalversammlung des Vereins wissenschaftlich gebildeter Lehrkräfte an badischen Handelslehranstalten statt. In der öffentlichen Versammlung am Sonntag vormittag 11 Uhr konnte man unter den Anwesenden verschiedene Ehrengäste bemerken.
Handelschuldirektor Dr. Bauer, Freiburg begrüßte als 1. Obmann des Vereins in herzlichen Worten Gäste und Kollegen und gab einen kurzen Rückblick auf die Berufstätigkeit an den badischen Handelschulen in den letzten Jahren. Dabei sprach er der badischen

Regierung und dem Landtag, der badischen Wirtschaft den Dank aus für die Unterstützung und das Wohlwollen, das die Berufstätigkeit in der Handelschule gefunden hat.

Im Auftrag des Ministeriums begrüßte idann Oberregierungsrat Bohm die Versammlung. Alsdann ergriff Fabrikant Dr. jur. Dr. phil. Haeßler, Dillingen (Baden), Mitglied des Verwaltungsrats der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft und Vizepräsident der Handelskammer Schopfheim, das Wort zu längeren, programmatischen Ausführungen. In denen er die Stellung der Wirtschaft an kaufmännischen Fachschulen behandelte. Hierbei führte er u. a. aus: Die Schulung unserer Jugend ist Pflege unserer Volkskraft. Dies ist eine der wichtigsten Aufgaben der Gegenwart. Hierbei müssen sich, was die kaufmännische Fachschule angeht, Praxis und Schule zu gemeinsamer Arbeit zusammenfinden. Ein gemeinsames Schulprogramm bedeutet Fortschritt. Auch müssen kaufmännische Schule und Praxis einen gemeinsamen Kampf führen gegen Verkümmern, gegen Ueberfälligkeit der Psychologie und die Verabsolutierung der Jugend. Eine große Gefahr besteht heute in der Ueberfüllung der höheren Schule. Die Angst vor Arbeitslosigkeit füllt diese Schule noch mehr. Die Not führt aber zur Erkenntnis, daß die Frage des Ruhens des Bildungsgutes in höchstem Maße aktuell geworden ist. Welche Schule vermittelt nun die beste Vorbildung? Für den jungen Kaufmann ist es sicher die höhere Handelschule und die Handelschule. Das badische Handelsschulwesen hat eine gesunde Basis und weist eine erfreuliche Höhe der Leistungen auf. Allerdings drängen sich bei der höheren Handelschule zwei Gedanken der Person in den Vordergrund: 1. Bei der Schulung der mittleren Reife muß die Differenzierung nach der Vorbildung des Schülers, die er vor dem Eintritt in die höhere Handelschule erworben hat, in Betracht kommen. 2. Der Eintritt in die höhere Handelschule darf nicht von der Reife für die 4. Klasse einer höheren Lehranstalt abhängig gemacht werden. Die Handelschule ist die Schule der Wirtschaft und die Wirtschaft muß ihre Schule fördern, wie es die badischen Handelskammern empfohlen haben. Auch die Wirtschaftsschule verdient große Beachtung wegen ihrer engen Verbindung mit der Praxis. Die Aufnahme in die höhere Handelschule und Handelschule müßte abhängig gemacht werden von der Eignung zum kaufmännischen Beruf. Die Herabsetzung des Schulgeldes und eine für Baden einheitliche Bemessung ist dringend wünschenswert. Die Oberhandelschule, bisher leider nur in Freiburg, gewährleistet eine bessere Vorbildung als der bisherige Werdegang.
Schule und Praxis müssen in enger Verbindung bleiben. Das geschieht am besten durch allgemeine Einführung der kaufmännischen Schiffspraktika, bei der Praktiker und Lehrer zusammenwirken, wie es im Landeskommissionariat Schopfheim mit Erfolg durchgeführt ist. In der Verbindung von Schule und Praxis ist der Erfolg der kaufmännischen Fachschule verborgen.
Reicher Beifall dankte dem Redner für seine bahnbrechenden Worte. Mit Worten des Dankes konnte alsdann der 1. Obmann des Vereins die öffentliche Tagung schließen.
Nachmittags fand eine geschlossene Mittalbeversammlung statt. In den Vorstand wurden gewählt: 1. Obmann Handelschuldirektor Dr. Bauer, Freiburg, Stellvertreter Studienrat Dr. Brand, Mannheim, Schriftführer Professor Dolland, Freiburg, Rechnungsrat Dr. Ost, Karlsruhe, Beisitzer Professor Dr. Dieckhoff, Karlsruhe.

(2) Karlsruhe als Kongressstadt. Der diesjährige Verbandstag der Badischen Kammergenossenschaften wird im September in Karlsruhe stattfinden. Nach dem Beschluß der Verbandsoberkommission des Badischen Sparkassen- und Giroverbandes wird dieser seine nächste (14.) Verbandstagung im Jahr 1932 in der Landesbauhauptstadt Karlsruhe abhalten.

Veranstaltungen

Kaffee Bauer. Heute, Mittwoch, findet Sonderkonzert mit schönem, abwechslungsreichem Programm statt. Josef Schwarz spielt Mozkviertel, E. Dur-Walzer und die Jagd von Rheinberger. (Siehe die Anzeige.)

Küppurr

Nachstehende Geschäfte, die den Volksfreund haben, wurden bei der ersten Veröffentlichung übersehen: Schleiß Karl, Ippelbeke, Döndorfplatz; Walter G. Kurzwaren, Döndorfplatz; Schmitt, Friseur, Linae Straße; Maier, Autovermietung, Im Grün 19; Ganske, photographische Bedarfsartikel, Döndorfplatz; Schubhandlung und Schuhmacherei Solans, Döndorfplatz.

Tageskalender der Sozialdem. Partei Karlsruhe

Heute abend Hauptversammlung

Heute Mittwoch, 10. Juni 1931, 20 Uhr, im Lokal zum Elefanten, Kafferstraße, Hauptversammlung. Tagesordnung: Bericht vom Deutschen Parteitag in Leipzig.
Berichterstatter: Bezirkssekretär und Landtagsabg. Trinks. Eine rege Beteiligung seitens der Mitarbeiterschaft an dieser Versammlung ist dringend erwünscht.

SWJ. Groß-Karlsruhe

Mittwoch 8 Uhr Parteiverammlung. Jede Tageskalender SWJ. Funktionärhebung findet am Samstag statt. Alle Funktionäre haben zu erscheinen. Pflanzl.

Wochenprogramm der Kinderfreunde

Junge und Alte Falken (SW): Mittwoch 1/2-1/2 Uhr in der Lullaschule.
Junge Falken (SW): Samstag 1/2-1/2 Uhr am Jugendheim.
Alte Falken (SW): Mittwoch 6-8 Uhr im Rest. Arbeitsgemeinschaft. Unsere Epistel.
Junge Falken (SW): Samstag 4-6 Uhr in der Volkshaus, Schöffelstr.
Alte Falken (SW): Mittwoch 5-7 Uhr in der Gurendbergstraße.
Junge und Alte Falken (Küppurr): Samstag 4-6 Uhr im Kinderpark.
Junge Falken (Darlzanden): Mittwoch 3-5 Uhr im Heim der Arbeiterjugend.
Alte Falken (Darlzanden): Samstag 5-7 Uhr im Heim der Arbeiterjugend.
Bibliothek: Mittwoch 4-6 Uhr im Rest. Alle Bücher abgeben.
Spielmannstanz: Heute abend Uebung familiärer Spielstücke. Am Freitag Uebung aller Spieler von 6-8 Uhr. Wettes im Waldheim.
Gefess: Donnerstag 8 Uhr Vortragsgruppe, Ritterstraße 7.

LISTA BÜRGER MÜNGEN 10, 12 und 15 Pfg.
Trotz Zollerhöhung unveränderte Qualität bei wenig verringerter Größe
Jahresproduktion 80 Millionen Stück

Die Polizei berichtet:

Verkehrsunfälle

In Rippuz, Ede Almend- und Rastatter Straße, erfolgte gestern morgen zwischen einem Lastkraftwagen und einem Motorrad dadurch ein Zusammenstoß, daß der Führer des Lastkraftwagens das Vorfahrtsrecht außer Acht ließ und außerdem anstatt in weitem Bogen nach links in die Rastatter Straße einzubiegen, in kurzer Wendung in die genannte Straße einzufahren ist. Der Motorradfahrer wurde im Gesicht und an den Händen verletzt. Beide Fahrzeuge sind ziemlich stark beschädigt worden.

Eine ältere Frau, die, wie festgestellt wurde, schwerhörig ist und schlecht sieht, lief beim Überqueren der Markgrafenstraße einem Radfahrer in das Fahrrad hinein. Beide Personen stürzten zu Boden, wobei sich die Frau Verletzungen am Kopf und am rechten Unterarm, die jedoch nicht ernster Natur sind, zuzog.

Diebstähle

Eine Näherin von hier zeigte an, daß ihr gestern abend auf dem Weidplatz im Gedränge aus ihrer Handtasche ihr Geldbeutel mit 14 Mark Inhalt entwendet worden sei. Fahndung wurde erlassen.

Ferner ermittelte ein Mechaniker von hier die Ursache, daß ihm von seinem Personkraftwagen, den er auf dem Parkplatz bei der Messe aufgestellt hatte, der Scheinwerfer gestohlen worden sei. Die Ermittlungen sind eingeleitet.

Ein Dienstmädchen aus Wiesloch, das vor einigen Tagen in einem biesigen Mädchenheim mittels Nachschlüssel einen Koffer geöffnet und daraus Kleidungsstücke entwendet hatte, wurde gestern abend vorläufig festgenommen.

Ferner konnte ein Fahrrad Dieb ermittelt und festgenommen werden.

Schlägereien

Die Polizei mußte gestern abend wegen Schlägereien und großem Unruhe verschiedentlich einschreiten. Ein Arbeiter von hier wurde wegen erschwerter Körperverletzung vorläufig festgenommen.

Vorläufige Wettervorhersage der Badischen Landeswetterwarte

Die Wetterlage hat sich seit gestern nicht wesentlich geändert. In der Vorberberseite der im Westen liegenden Zone strömt unterbrochen maritime Luft nach Europa und erhält bei uns den unbeständigen Witterungscharakter.

Wetteraussehen für Donnerstag, den 11. Juni 1931: Keine wesentliche Veränderung des bestehenden Witterungscharakters.

Wasserstand des Rheins

Basel 188, gef. 6; Waldsbut 375, gef. 4; Schusterinsel 255, gef. 6; Rebl 390; Maxau 585, gef. 4; Mannheim 5502, gef. 8 Zentimeter.

Aus dem Gerichtssaal

Schwurgericht Karlsruhe

Im Karlsruhe, 9. Juni, Montag, 22. Juni tritt das Karlsruher Schwurgericht zu seiner nächsten Tagungsperiode zusammen. Vormittags 9 Uhr beginnt die Verhandlung gegen den Landwirt Heinrich Schmidt aus Unterriesheim, der sich wegen Totschlages zu verantworten haben wird. Gegenstand der Verhandlung bildet die schwere Mordtat, die sich in der Nacht zum 11. Januar in Unterriesheim ereignete. Der 22 Jahre alte Angeklagte geriet mit einem Mädchen wegen einer geringfügigen Ursache in Streit; im Verlaufe der Auseinandersetzungen lief er plötzlich beim

und holte ein Gewehr seines Vaters, mit dem er auf der Straße blindlings um sich schloß. Als auch der 22 Jahre alte Besele- arbeiter Erwin Lautenschläger den rabiaten Menschen be- ruhigen wollte, richtete dieser sofort das Gewehr auf Lautenschlä- ger und gab ihm Schuß ab, der Lautenschläger am Kopf lebens- gefährlich verletzte.

Dienstag, 23. Juni, vormittags wird sich der Maurer August Kaiser aus Königsbach, bei Forstheim, wegen Totschlages zu verantworten haben. Er steht unter der Anklage, seinen Bru- der getötet zu haben.

Als letzter Fall kommt am gleichen Tage nachmittags 1/4 Uhr der Meineidsprozeß gegen den Arbeiter Emil Schmidt aus Delmsheim zur Verhandlung.

Standesbuchauszüge der Stadt Karlsruhe

Todesfälle und Beerdigungen. 8. Juni: Eilse Matheis, alt 43 Jahre, Schneiderin. Beerdigung am 11. Juni, 4 Uhr. Jakob Bitroff, Kolporter, Gemeindeführer, alt 53 Jahre. (Leukämie.) Erloß Braun, alt 22 Jahre, ohne Beruf, ledig. (Salud.)

Dereinsanzeiger

Deutscher Freidenkerverband, Ortsgr. Karlsruhe. Die für diese Woche angelegte Mitgliederversammlung findet erst am Donner- tag, 18. Juni 1931, abends 8 Uhr, im „Volkshaus“ statt. 4882

Chorprekatur: Georg Schöpplin, Verantwortlich: Volpert, Pre- sident: Baden, Volkswirtschaft, Aus aller Welt, Regie Nachrichten: E. Gräbebaum, Landtag, Gemeindeführer Nachrichten, Partei, Klein- badiische Chronik, Aus Mittelbaden, Durlach, Verlagszeitung, Neudorf. Die Welt der Frau: Hermann Winter, Groß-Karlsruhe, Gemeindeführer, Soziale Rundschau, Sport und Spiel, Sozialistisches Jungvolk, Heimat und Wandern, Anstifter: Josef Giffels, Verantwortlich für den Anzeigerenteil: Gustav Krüger. Sämtliche Wohnhaft in Karlsruhe in Baden. Druck und Verlag: Verlagsdruckerei „Volksfreund“ G.m.b.H. Karlsruhe

MALBI
Das gute Nährbier

Gesund und froh
Trinke täglich das gute Nährbier

MALBI

Bierbrauerei Rob. Leicht Vaihingen a. d. F. - Stuttgart.
—Wiederverkäufer gesucht—

Das neue 4881
A.S.-Verfahren
räumt mit jeder
Wanzen-
plage restlos auf.
Deutsche Versicherung
gegen Ungeziefer

Anton Springer
Ettlinger Str. 51
Erste und leistungs-
fähigste Ungeziefer-
Vertilgungs-Anstalt
am Platze. Telefon
2340

Volkschauspiel Oetigheim
bei Rastatt
Andreas Hofer
von A. J. Lippl / Aufführungen alle Sonntage
vom 14. Juni bis Ende September
Gedeckter Zuschauerraum / 800 Mitwirkende
Anfang 14 Uhr Ende 10 Uhr
Preise der Plätze: 1.50—6.50 Mk. nebst be-
sonderen Logen

Vorverkauf: Theaterkasse Oetigheim
Telefon 2081 Rastatt
Vorverkauf Karlsruhe: Herdersche Verlags-
buchhandlung, Herrenstr. 34, Fritz Müller,
Musikalienhandlung, Ecke Kaiser- u. Weid-
straße, Auskunftstelle des Verkehrsvereins
Karlsruhe, Kaiserstraße 150, Zeitungskiosk
beim Hotel Germania. 1376

Herrenstoffe

Qualität Auswahl Billigkeit

Leipheimer & Mende

Danksagung
Allen, die uns bei dem schmerzlichen Verlust
unseres Lieben Entschlafenen 1368

Joh. Wachter

liebevolle Teilnahme bewiesen, sagen wir unsern
herzlichen Dank. Besonderen Dank den Arbeiter-
Gesangsvereinen Freundschaft und Freiheit, dem
Arbeiter-Sportkartell, der Sozialdemokratischen
Partei, dem Arbeiter-Radfahrer-Verein sowie dem
Deutschen Holzarbeiter-Verband.

Karlsruhe, den 9. Juni 1931.

Die tieftrauernden Hinterbliebenen

Der Blitz vom Mittwoch

Damen-
Schlüpfer - .85
Kunstseide, gute glatte Ware

Damen-
Schürze - .70
gezeichnet feinfarbig Nessel

Tischdecke 1.80
gezeichnet 130/160 aus gu-
tem Hausatze, moderne
leichte Zeichnungen

BURCHARD

Schlafzimmer

Es handelt sich um
ein modernes Schlaf-
zimmer in Nußbaum-
Farbe, welches wir
von einer Möbel-
schreinerei probe-
weise bezog, haben.
Die Farbe ist aber
nicht wünschenswert
ausgefallen, weshalb
wir solches z. Preise
von 350.- Das Zim-
mer besteht aus:
1 dreiteil. Garderobe-
schrank mit Innen-
spiegel, 1 Waschi-
kommode m. Spiege-
lanta, 2 Nachtschre-
n, 2 Bettstellen, 2 Stühle
u. 1 Handtuchhalter.
Ihr sehr. Zimmerneh-
men wir in Zahlung.

ELLY BEINHORN
spricht am Donnerstag, den 11. Juni,
20.30 Uhr im Konzerthaus über ihren
Afrika-Flug

Vorverkauf: Musikhaus Fritz Müller
und Verkehrsverein Kaiserstraße
Preise 2.- 1.50 1.— — 80 4867

Badisch-Pfalzischer Luftfahrtverein e. V., Karlsruhe

**Kapitalistische
Wirtschafts-Anarchie
und Arbeiterklasse**

Ueber dieses Thema sprach auf dem Leipziger Partei-
tag der S.P.D. Genosse

Fritz Tarnow

unter dem stürmischen Beifall der Versammelten.
Die Zustimmung zu den Ausführungen Tarnows war
so lebhaft, daß spontan die sofortige Drucklegung
des Referats als Massenbroschüre beschlossen wurde.
Das Heft ist 32 Seiten stark, soeben erschienen und
durch unsere Buchhandlung
zum Preise von **20 Pfennig**

zu beziehen. Die Ausführungen Tarnows werden von
der breiten Masse der Werktätigen ebenso zustim-
mend aufgenommen werden wie vom Plenum des
Parteitag.

Wir bitten insbesondere die Parteiverine der S.P.D.
und die Gewerkschaften um sofortige Bestellung!

Volksfreund-Buchhandlung
Karlsruhe i. B., Waldstraße 28, Fernsprecher 7020/21

Amtlige Bekanntmachungen

Am Konturverfahren über das Vermögen
der Firma Herrmann & Co., Inhaber Fritz
Schilling, Wälschbelegelschäft in Karlsruhe,
Jiriel 33, ist Termin zur Verhandlung über
den vom Gemeindeführer gemachten Vorschlag
vergleichsvorlag und zur Prüfung der nach-
träglich angemeldeten Forderungen bestimmt
am: Montag, den 22. Juni 1931, vormittags
11 1/2 Uhr, vor dem Amtsgericht A 3 Karlsruhe,
Hofmeisterstraße 8, 3. Stock, Zimmer Nr. 246.
Der Vergleichsvorschlag und die Erklärung des
Gläubigerausschusses sind auf der Geschäftsstelle
zur Einsicht der Beteiligten niedergelegt. Karlsru-
he, den 8. Juni 1931. Geschäftsstelle des Amts-
gerichts A 3. 1177

**Möbelhaus
Carl Baum & Co.**
Erpprinzenstraße 30
Kein Laden

Ständiges Lager über
100 Zimmer u. Küchen
Teillieferung

24 Monate Ziel
gewährt bei Einzahl von
100 Mk. Resten und
Polsterwaren Körner-
bergstr. 59a, 11.

Verlangen Sie tollent-
loste Preisangaben des illu-
strierten Kataloges nebst
Preisliste. 1314

**Badisches
Landestheater**
Mittwoch, 10. Juni
• C 26
Th.-Gem., 1. S.-G.

**Die geliebte
Stimme**

Ober von Weinberger
Dirigent: Schwarz.
Regie: Bruch.
Mitwirkende: Grün-
wald-Schirer, Haber-
storn, Weiling, Ribinius,
Falk, Ralmbach, Kiefer,
Wöber, Rentzsch, Cerner,
Schöpplin, Ribinius.

Anfang 20 Uhr
Ende 22.30 Uhr
Preise C (1.00—7.00 Mk.)
1176

Ettlinger Anzeigen
Allgem. Ortskrankenkasse Ettlingen
Bekanntmachung.
Wegen Anhandlung des Büros bleibt die
Kasse am Donnerstag, den 11. Juni d. J.,
geschlossen.
1670 Der Vorstand.

Schädlingsbekämpfung.
Das Badische Weinbauinstitut gibt folgendes
bekannt. In den ersten Junitagen und teil-
weise, infolge der unnatürlich warmen Witter-
ung in der letzten Waidelade, schon in den
letzten Tagen des Monats Mai trat an vielen
Stellen des Landes die Veronolporantheil
auf. Bei der regenreichen Witterung Ende Mai
hat sie Anhaltungen bewirkt, die einen er-
centen Ausbruch in der Zeit vom 9.—15. Juni
erwarten lassen. Deshalb muß die zweite Be-
spritzung der Reben bis dahin durchgeführt sein.
Man verwende wieder arlenhaltige Kupfer-
brühen und achte darauf, daß alle grünen Teile
des Weinholzes gut von der Spritzbrühe ge-
troffen werden. So sich Weichtan auch nur in
Spuren zeigt, sofort schmeißen.
Gaggenau, den 8. Juni 1931.
Der Bürgermeister.
Schneiber.

Gaggenauer Anzeigen
Schädlingsbekämpfung.
Das Badische Weinbauinstitut gibt folgendes
bekannt. In den ersten Junitagen und teil-
weise, infolge der unnatürlich warmen Witter-
ung in der letzten Waidelade, schon in den
letzten Tagen des Monats Mai trat an vielen
Stellen des Landes die Veronolporantheil
auf. Bei der regenreichen Witterung Ende Mai
hat sie Anhaltungen bewirkt, die einen er-
centen Ausbruch in der Zeit vom 9.—15. Juni
erwarten lassen. Deshalb muß die zweite Be-
spritzung der Reben bis dahin durchgeführt sein.
Man verwende wieder arlenhaltige Kupfer-
brühen und achte darauf, daß alle grünen Teile
des Weinholzes gut von der Spritzbrühe ge-
troffen werden. So sich Weichtan auch nur in
Spuren zeigt, sofort schmeißen.
Gaggenau, den 8. Juni 1931.
Der Bürgermeister.
Schneiber.

Umzüge werd. ladm.
billig ausgef.
Offerten unter Nr. 4876
an den Volksfreund.

**Hohezeit-, Cigan-
Smoking u. Frach-
tasche, fast neu, flau-
entw. bill. abzug. 670**

Rüch weiß, gutsch.
nur 150 Mk. m. Stoff
in 2 Stücken
Gasherd 3 225, für
nur 55 Mk. zu verfauf.
Offerten unter Nr. 4885
an den Volksfreund.

Zwischenhändler! Gas
und ein Gasofen z.
billig abzugeben. 2
Weidenstraße 52 IV.

JOHANN VOGEL
Elektrotechn. Installationsgeschäft
Werderstraße 1 Telefon 4262

Ausführung von
**elektrischen Licht-, Kraft- und
Schwachstromanlagen**
Beleuchtungskörper
Motore, Telephon, Türöffner usw.

Dein Rock?

Du trägst ihn
ja nicht mehr
und würde er
einem anderen
willkommen
sein, wüde er,
daß er dir fell
ist. Sage es ihm
durch eine
kleine Anzeige
im

**ALLE Farben u. Lacke
FÜR DEN Hausgebrauch**
GUT u. PREISWERT IM
Farbenhaus Weststadt
KÖRNERSTRASSE 42 ECKE SOFIENTRASSE

**VOLKSBUHNE
Blau abholen!**

Druckarbeiten aller Art liefert schnell die
Verlagsdruckerei
Volksfreund G.m.b.H.

Volksfreund